

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 9. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2008-2012)

Sitzungsdatum: 29. April 2009
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.00 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Felix Keller, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident
Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin
Christoph Morat
Heinz Giger
Robert Vogt
Arnold Julier
Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Sandra Steiner, Gemeindeverwalterin
Scharaf Helmy, Rechtsdienst

Gäste:

Entschuldigt: Peter von Arx,
Gabi Huschke,
Giulio Vögelin
Susanne Studer
Josua Studer (anw. ab 20.25)
Cedric Roos (anw. ab 19.00)

Abwesend: Michel Mamie
Robert Richner
Joël Wartenweiler

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 31 Anwesende = 14
19.00 Uhr 32 Anwesende = 22
20.25 Uhr 33 Anwesende = 22

Bereinigte Traktandenliste

1. **Wahl eines Mitgliedes in das Wahlbüro**
anstelle der zurückgetretenen Yamenah Gomez, Grüne-Fraktion,
für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2012) Geschäft 3828
2. **Wahl eines Mitgliedes in das Wahlbüro**
anstelle des zurückgetretenen Kevin Steiger, CVP-Fraktion
für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2012) Geschäft 3841
3. **Wahl eines Mitgliedes in das Wahlbüro**
anstelle der zurückgetretenen Bernadette Bammatter, SP/EVP-Fraktion,
für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2012) Geschäft 3852
4. **Wahl eines Mitgliedes in das Wahlbüro**
anstelle der zurückgetretenen Sabine Fischli, CVP-Fraktion,
für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2012) Geschäft 3853
5. **Wahl eines Mitgliedes in die Umweltkommission**
anstelle der zurückgetretenen Ursula Pozivil-Pfister, FDP/GL-Fraktion,
für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2012) Geschäft 3849
6. **Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die Geschäftsprüfungskommission**
anstelle der zurückgetretenen Ursula Pozivil-Pfister, FDP/GL-Fraktion,
für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2012) Geschäft 3850
7. **Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die Kommission für Gemeindeordnung und - Reglemente**
anstelle der zurückgetretenen Ursula Pozivil-Pfister, FDP/GL-Fraktion,
für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2012) Geschäft 3851
8. Bericht des Gemeinderates vom 14.01.2009 betreffend
Mutation Teilzonenplan (TZP) „Dorfkern“, 2. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 3806
9. Bericht des Gemeinderates vom 07.04.2009 betreffend
**Abrechnung über den Verpflichtungskredit in Höhe von
CHF 1'621'486 für die Anschaffung einer neuen Informatik-Lösung
für die Gemeindeverwaltung Allschwil (Projekt NILA)**
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber Geschäft 3807
10. Bericht des Gemeinderates vom 11.03.2009 betreffend
Anpassung des Subventionsschlüssels der Musikschule Allschwil
Geschäftsvertretung: GR Heinz Giger Geschäft 3836
11. Postulat von Michel Mamie, SVP-Fraktion, vom 21.01.2009 betreffend
**Nutzung und Eingangsmöglichkeit in das
Gebäude der Gemeindeverwaltung Allschwil**
Antrag des Gemeinderates: Nicht-Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 3826
12. Postulat von Simon Zimmermann, SVP-Fraktion, vom 09.02.2009 betreffend
Anschaffung von Defibrillatoren
Antrag des Gemeinderates: Nicht-Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff Geschäft 3830
13. Postulat von Susanne Studer, SVP-Fraktion, vom 18.02.2009 betreffend
Schulzentrum Wegmatten
Antrag des Gemeinderates: Nicht-Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 3835
14. Interpellation von Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, vom 10.02.2009 betreffend
Turn- und Konzerthalle Gartenstrasse / Veranstaltungssaal wie weiter?
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 3831

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES
 - FRAGESTUNDE
-

Für das Protokoll:

Jörg Bertsch / Scharaf Helmy, Rechtsdienst

Einwohnerratsprotokoll Nr. 9 vom 29. April 2009

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Felix Keller

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Felix Keller, Präsident: Ich begrüsse Sie ganz herzlich zu dieser April-Einwohnerratssitzung. Ganz speziell begrüssen möchte ich in dieser Runde Herrn Dr. Markus Gruber. Er ist zum ersten Mal im Einwohnerrat. Er ist nachgerückt für Frau Ursula Pozivil. Ich heisse ihn ganz herzlich willkommen und wünsche ihm eine Menge spannender Einwohnerratssitzungen.

Ich komme zu den **Entschuldigungen**: Entschuldigt haben sich Herr Peter von Arx, Frau Gabi Huschke, Herr Giulio Vögelin. Frau Susanne und Herr Josua Studer haben noch BVB-Dienst bis 20.00 Uhr. Eventuell kommen sie dann noch. Auch Herr Cedric Roos ist noch unterwegs und kommt eventuell sehr spät.

[Präsenz: siehe Protokolleingang]

Ich komme zu einer **Mitteilung**. Wie Sie ja mitbekommen haben, hat Frau Ursula Pozivil überraschend ihren Rücktritt eingereicht. Dadurch entstand die Vakanz des 1. Vizepräsidiums. Sie sehen, hier oben fehlt jetzt eine Person. Wir haben im Büro diskutiert, wie es weitergehen soll. Wir erweiterten dann die Bürositzung und machten zusammen mit den Fraktionspräsidien eine Sitzung, in der wir besprachen, wie wir die Sache handhaben wollen. Wir einigten uns mit den Fraktionspräsidien, dass wir die Vakanz im Büro offen lassen. Wir machen also keine Nachwahl für das erste Vizepräsidium. Die Vakanz bleibt, und das Büro wird dann in der Juni-Sitzung wieder ordentlich bestellt mit den drei Präsidien und den Stimmzählern. Wir sind der Meinung, Armin Bieri und ich können die Sitzungen auch gut zu zweit leiten und durchziehen, zusammen mit den Stimmzählern. Dies vorweg. Für Wortmeldungen melden Sie sich also jetzt einfach bei Herrn Armin Bieri. Ich hoffe, es sind damit alle einverstanden.

Ich komme zu den **Vorstössen**. Ich stelle fest, dass keine dringliche Interpellation vorliegt, auch kein dringliches Postulat. Und auch sonst sind keine Vorstösse eingereicht worden.

Somit komme ich zur **Traktandenliste**. Ich stelle fest, dass sie rechtzeitig verschickt wurde. Ich frage den Rat an, ob es Änderungsanträge gibt zur Traktandenliste. Das ist nicht der Fall. Wir verfahren daher nach der Traktandenliste.

427 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Wahl eines Mitgliedes in das Wahlbüro

**anstelle der zurückgetretenen Yamenah Gomez, Grüne-Fraktion,
für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2012), Geschäft 3828**

Felix Keller, Präsident: Ich frage die Fraktion der Grünen an wegen Wahlvorschlägen.

Nedim Ulusoy, Fraktion Grüne: Wir empfehlen Ihnen Herrn André Sümeghy als Nachfolger der zurückgetretenen Yameneah Gomez. Er ist Jus-Student, hat das Wirtschaftsgymnasium gemacht und interessiert sich sehr für die Aufgabe im Wahlbüro.

Felix Keller, Präsident: Ich frage den Rat an, ob es weitere Nominationen gibt. – Das ist nicht der Fall. Ist stille Wahl bestritten? – Das ist auch nicht der Fall.

://:

André Sümeghy ist in stiller Wahl als Mitglied des Wahlbüros gewählt.

Felix Keller, Präsident: Ich gratuliere Herrn Sümeghy in absentia.

428 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2
Wahl eines Mitgliedes in das Wahlbüro
anstelle des zurückgetretenen Kevin Steiger, CVP-Fraktion
für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2012), Geschäft 3841

Ich frage die CVP an wegen einer Nomination.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Die CVP schlägt Ihnen Herrn Rolf Adam als Mitglied des Wahlbüros vor.

Felix Keller, Präsident: Gibt es weitere Nominationen? – Das ist nicht der Fall. Ist stille Wahl bestritten? – Das ist ebenfalls nicht der Fall.

://:

Rolf Adam ist in stiller Wahl als Mitglied des Wahlbüros gewählt.

Felix Keller, Präsident: Herzliche Gratulation.

429 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 3
Wahl eines Mitgliedes in das Wahlbüro
anstelle der zurückgetretenen Bernadette Bammatter, SP/EVP-Fraktion,
für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2012), Geschäft 3852

Felix Keller, Präsident: Ich habe eine Nomination der Fraktion auf dem Tisch, Herr Florian Bammatter.

Felix Keller, Präsident: Gibt es weitere Nominationen? – Das ist nicht der Fall. Ist stille Wahl bestritten? – Das ist ebenfalls nicht der Fall.

://:

Florian Bammatter ist in stiller Wahl als Mitglied des Wahlbüros gewählt.

Felix Keller, Präsident: Herzliche Gratulation.

430 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4
Wahl eines Mitgliedes in das Wahlbüro
anstelle der zurückgetretenen Sabine Fischli, CVP-Fraktion,
für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2012), Geschäft 3853

Felix Keller, Präsident: Ich frage die CVP-Fraktion wegen einer Nomination an.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Wir schlagen Ihnen Christoph Kneier vor, Sohn von Kurt Kneier.

Felix Keller, Präsident: Gibt es weitere Nominationen? – Das ist nicht der Fall. Ist stille Wahl bestritten? – Das ist ebenfalls nicht der Fall.

://:

Christoph Kneier ist in stiller Wahl als Mitglied des Wahlbüros gewählt.

Felix Keller, Präsident: Herzliche Gratulation.

431 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 5

**Wahl eines Mitgliedes in die Umweltkommission
anstelle der zurückgetretenen Ursula Pozivil-Pfister, FDP/GL-Fraktion,
für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2012), Geschäft 3849**

Felix Keller, Präsident: Ich frage die Fraktion um Nominationen an.

Siro Imber, FDP/GLP-Fraktion: Ich habe die Ehre, mich selber vorschlagen zu müssen.

Felix Keller, Präsident: Gibt es weitere Nominationen? – Das ist nicht der Fall. Ist stille Wahl bestritten? – Das ist ebenfalls nicht der Fall.

://:

Siro Imber ist in stiller Wahl als Mitglied der Umweltkommission gewählt.

432 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 6

**Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die Geschäftsprüfungskommission
anstelle der zurückgetretenen Ursula Pozivil-Pfister, FDP/GL-Fraktion,
für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2012), Geschäft 3850**

und zugleich:

433 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 7

**Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die Kommission für Gemeindeordnung und –
Reglemente
anstelle der zurückgetretenen Ursula Pozivil-Pfister, FDP/GL-Fraktion,
für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2012), Geschäft 3851**

Felix Keller, Präsident: Ich frage die Fraktion um Nominationen an.

Siro Imber, FDP/GLP-Fraktion: Ich nominiere für die Traktanden 6 und 7 Markus Gruber, in Abweichung von dem, was wir geschrieben haben. Es ist beide Male Markus Gruber.

Felix Keller, Präsident: Gibt es weitere Nominationen für die beiden Wahlen, wir führen sie gerade gleichzeitig durch? – Das ist nicht der Fall. Ist stille Wahl bestritten? Das ist auch nicht der Fall.

://:

Dr. Markus Gruber ist in stiller Wahl als Ersatzmitglied der Geschäftsprüfungskommission und als Ersatzmitglied der Gemeindeordnungs- und Reglements-Kommission gewählt.

434 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 8
Bericht des Gemeinderates vom 14.01.2009 betreffend
Mutation Teilzonenplan (TZP) „Dorfkern“, 2. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 3806

Felix Keller, Präsident: Ich frage Herrn Gemeinderat Christoph Morat an, ob er das Wort wünscht. Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Detailberatung. Wird das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Damit kommen wir zur 2. Lesung. Dies betrifft eigentlich den Plan. Es geht um den Anhang zum Bericht.

Gibt es Wortmeldungen zur Mutation Fussweg? – Das ist nicht der Fall.

Dann geht es um die Mutation Teilzonenplan, Perimeter Hofstattbereich. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Mutation Baumstandort? Ebenfalls keine Wortmeldung.

Damit ist die zweite Lesung abgeschlossen. Wir kommen zum Antrag des Gemeinderates.

Antrag: Die Mutation des Teilzonenplanes Dorfkerne wird gutgeheissen und dem Regierungsrat zur Genehmigung vorgelegt.

Felix Keller, Präsident: Wer dem zustimmen kann, möge das bitte mit der Karte bezeugen.

://:

Einstimmig ja

Felix Keller, Präsident: Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer das Geschäft abschliessen möchte, möge das mit der Karte bezeugen.

://:

Einstimmig ja

435 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 9
Bericht des Gemeinderates vom 07.04.2009 betreffend
Abrechnung über den Verpflichtungskredit in Höhe von CHF 1'621'486 für die
Anschaffung einer neuen Informatik-Lösung für die Gemeindeverwaltung
Allschwil (Projekt NILA)
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber, Geschäft 3807

Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber: Das tönt so einfach – „Projekt NILA“ oder „Neue Informatik-Lösung“. In Tat und Wahrheit war es aber eine Riesenaufgabe, die in der Gemeinde gemacht werden musste. Insbesondere wenn man sieht, dass „Abakus“, also die eigentliche Gemeindesoftware, davon betroffen war und neu aufgebaut werden musste. Es war also eine Riesenaufgabe, die sich der Gemeinde stellte. Deshalb hatte damals der Einwohnerrat auch beschlossen, eine begleitende einwohnerrätliche Kommission einzusetzen. Sie sehen, dass es da Namen von Personen hat, die schon nicht mehr im Rat sind. Das Projekt war sehr umfangreich und machte Etappierungen nötig im Bereich der Hardware-Beschaffung und auch im Bereich der Software-Beschaffung. Und es gab bei der Umsetzung auch immer wieder Schnittstellenprobleme. Dies führte dann auch dazu, dass wir eine Konsolidierungsphase brauchten. Wenn ich jetzt zurückschaue, haben wir die Zielsetzungen, die sich der Gemeinderat gegeben hatte, erreicht. Dies betrifft Wirtschaftlichkeit, Benutzerfreundlichkeit, Zukunftssicherheit und auch den Schutz bei Datenverlust. Wobei man da zwei, drei Abstriche machen kann und muss. Ein kleiner Abstrich betrifft die Consolidate-Lösung, Mail- und Terminmanagement im Bereich der Anwendung. Dann hat sich gezeigt, dass sich das System als solches zur Geschäftskontrolle nicht speziell gut eignet. Wir machen das heute über die normale Excel- und Outlook-Lösung. Da müssen wir schauen, wie das allenfalls in der Zukunft aussehen soll. Also heute laufen die Geschäftskontrolle und insbesondere das Terminmanagement über Outlook. Das ist eine mögliche Lösung. Aber wie gesagt, mit dem Consolidate waren wird nicht so zufrieden.

Ein anderes Thema, das aber mittlerweile in dieser Übergangsphase ebenfalls gelöst wurde, das ist die Nebenapplikation Finanzplan. Auch da hat sich gezeigt, dass die Lösung einfach zu starr war für unsere Bedürfnisse. Mittlerweile, mit dem Wechsel des Hauptabteilungsleiters Finanzen, sprich Dieter Pfister, ergab sich eine Lösung, die er mitbrachte, und die wir tel quel übernehmen konnten. Sie beruht auf einer Excel-Basis und gibt uns jetzt die Möglichkeit, quasi täglich den Finanzplan anzupassen, so dass wir ihn effektiv immer à jour haben. Das alles war mit dem Tool der Nebenapplikation nicht möglich gewesen.

Ein anderes Thema, auf das ich erst kürzlich durch den Präsidenten der Fireko aufmerksam gemacht wurde und das wir noch miteinander diskutieren werden, ist der Schutz vor Datenverlust. Da wird es noch zwei, drei Fragen geben. Also sprich, wenn die Gemeindeverwaltung brennt und die Feuerwehr viel Wasser zum Einsatz bringt, laufen wir Gefahr, dass unsere Server drunten feucht werden. Das sind Themen, die er in seiner Funktion als Präsident der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission aufgegriffen hat – Chapeau! Er hat seine Aufgaben ganz intensiv gelesen und nimmt sie auch entsprechend wahr. Und ich denke, wir werden dem Thema nochmals speziell nachgehen, insbesondere weil natürlich der Schutz vor Datenverlust auch ein Ziel war. Thema ist natürlich der Schutz vor Datenverlust im Backup-Verfahren. Wir haben auch Disketten, auf denen alles im Backup vorhanden ist. Es geht also mehr um den Schutz und die Sicherheit der Server, die in der Gemeindeverwaltung vorhanden sind.

Summa summarum sind wir aber sehr glücklich mit der heutigen Lösung, und es sind mir keine Probleme mehr bekannt, und auch die Ziele wurden, wie gesagt, erreicht. Wir können daher nebst der sachlichen auch eine finanziell positive Bilanz ziehen, indem wir hier nämlich über die Jahre eine kleine Kreditunterschreitung ausweisen können.

Felix Keller, Präsident: Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten ist. – Das ist nicht der Fall. Damit kommen wir zur Detailberatung.

Hans-Peter Tschui, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion nimmt zustimmend Kenntnis von der Abrechnung des Projekts NILA. Die Fraktion hat aber zu diesem Erfolgsbericht folgende Fragen, bzw. Erklärungsbedarf. Der Kredit 020-506.05 wurde in den Rechnungsjahren 2007 und 2008 nicht mehr in Anspruch genommen bzw. belastet. Warum wurde das Projekt erst jetzt abgeschlossen? 2. Frage: Hat der Gemeinderat für das Projekt NILA quantifizierbare und damit messbare Ziele gesetzt? Oder anders gefragt: Kann der Nutzen dieses Projekts in Form von Produktivitätsverbesserungen, bzw. kürzeren Durchlaufzeiten, Vermeidung von redundanten Arbeitsinhalten usw. quantifiziert und mit Sollwerten verglichen werden?

Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber: Wie gesagt, das war eine sehr komplexe Thematik. Sie nahm allein schon von der Einführung und Beschaffung von Hardware und Software usw. 6 Jahre in Anspruch. Man kann sagen: Es ging zu lange, bis wir abrechneten. Das kann man akzeptieren. Ich muss aber klar

sagen, und wir haben es hier auch geschrieben: Wir brauchten eine Konsolidierungsphase. Das heisst, mit der Beschaffung und dem Einsatz dieser Mittel wusste man noch nicht, ob sie sich wirklich bewähren. Und tatsächlich, das kann man auch sagen, sind zwei Mittel heute nicht mehr im Einsatz, das eine ist der Finanzplan, das andere die Lösung der Geschäftskontrolle und des Time Managements, die wir jetzt über eine Outlook Exchange-Lösung machen. Mit anderen Worten, man wollte auch da ganz klar Erfahrungen sammeln, ob sich diese ganze Hard- und Softwarelösung auch bewährt. Zum jetzigen Zeitpunkt kann ich sagen, sie bewährt sich tatsächlich. Ich muss aber ehrlich sagen, es sind mir jetzt auswendig keine Soll/Ist-Werte in Zahlen, Prozent, Bytes oder Bits bekannt. Ich darf aber doch feststellen, dass es unser Ziel war, Redundanzen nur dort zu haben, wo sie effektiv notwendig sind, und dass wir überall dort Schnittstellen haben, wo sich Schnittstellen aufdrängten, und das ist ganz wichtig. Insbesondere das Überführen zum Beispiel von Zahlen in die Kosten-/Leistungsrechnung war von der FiBu her eine ganz schwierige Problematik. Oder etwa bei den Sozialen Diensten, im Sozial- und Vormundschaftswesen ein Klib, damit die Rechnungen nicht mehr separat geführt, sondern direkt mit den Finanzen verknüpft wurden. Mit anderen Worten, wir haben aus meiner Sicht Redundanzen nur noch dort, wo sie notwendig sind, weil sie eben mehr Sicherheit bringen. Und zum anderen haben wir ganz klar eine Effizienzsteigerung in bestimmten Bereichen. Gerade bei der Kosten-/Leistungsrechnungen mussten meistens die Zahlen noch von Hand übertragen werden. Heute können die meisten direkt überführt werde. Oder eben auf das Klib, das das Abrechnungswesen in den Sozialen Diensten deutlich verbesserte. Abakus – das sind Lösungen, wie sie andere Gemeinden auch haben, und die jetzt wieder auf dem neuesten Stand sind – Finanzbuchhaltung, Kostenrechnung, Lohnbuchhaltung: Da, denke ich, haben wir einen gleichen Leistungsstandard wie andere Gemeinden letztendlich auch.

Jérôme Mollat, FDP/GLP-Fraktion: Auch wir von der FDP/GLP begrüßen es natürlich, dass das Projekt mit einem leichten Überschuss abgeschlossen werden konnte. Man könnte auch von einer Punktlandung reden. Auch uns ist aufgefallen, wie bereits meinem Vorredner von der SVP, dass das Projekt erst rund 3 Jahre nach der letzten Ausgabe abgeschlossen wurde. Aber dazu hat ja der Gemeindepräsident bereits Stellung genommen.

Hans-Peter Tschui, SVP-Fraktion: Habe ich das richtig verstanden, dass eine Produktivitätsverbesserung durch das Projekt NILA nur über die Kosten-/Leistungsrechnung gemessen werden kann und nicht am Projekt selber?

Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber: Wenn du mich jetzt auf eine Fachdiskussion hinauslocken willst, dann machen wir das lieber nachher mit den entsprechenden Unterlagen auf dem Tisch. Ich denke, das ist schwierig jetzt im Rat drinnen. Es ist auch eine Fangfrage, die du mir da gestellt hast. Ich sage ganz einfach einmal nein; was soll ich den anderes sagen. Ich sagte es vorhin: Es war notwendig, dass wir eine neue Soft- und Hardware-Lösung bekamen. Die haben wir jetzt. Sie ist auf dem Standard wie bei anderen Gemeinden auch, ich kann mich da nur wiederholen. Und damit ist das nicht nur eine Produktivitätssteigerung in der Lösung beispielsweise der Kosten-/Leistungsrechnung. Man darf zum Beispiel eines nicht vergessen: Diese Software ist sehr kurzlebig, und wir schreiben sie auch mit mehr als 10% ab; wenn ich mich nicht irre, sind es 20%. Eine Menge Applikationen werden gar nicht mehr unterstützt. Denn irgendwann einmal kommt ein Brief ins Haus vom Softwarehersteller, der sagt: Wir weisen Sie darauf hin, dass die Software, die Sie betreiben, künftig nicht mehr upgedatet wird und dass dafür kein Service mehr angeboten werden kann. Auch das war ein ganz wichtiger Punkt, warum wir neue Softwarelösungen suchen mussten. Wobei dann notabene nicht immer nur der Zeit- oder Produktivitätsgewinn im Vordergrund stand, sondern vielfach auch die Thematik des Veraltens. Aber ich stelle mich nach wie vor auf den Standpunkt. Es hat sicher bei der Kosten-/Leistungsrechnung und auch bei einzelnen Produkten ganz klar zu einer Leistungssteigerung geführt. Es ist also nicht so, dass man quasi sagen könnte: Es hat nichts genützt.

Felix Keller, Präsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Damit kommen wir zur Abstimmung über den Antrag des Gemeinderates auf S. 5 des Berichts:

Antrag: Gestützt auf die Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen: Von der Abrechnung über den Verpflichtungskredit für die Anschaffung einer neuen Informatiklösung für die Gemeindeverwaltung Allschwil – Projekt NILA -, Konto 020-506.05, in der Höhe von CHF. 1'618'803.05 wird Kenntnis genommen

://:

Einstimmig ja

Felix Keller, Präsident: Wir kommen zur Schlussabstimmung.

://:

Einstimmig ja

436 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 10

Bericht des Gemeinderates vom 11.03.2009 betreffend

Anpassung des Subventionsschlüssels der Musikschule Allschwil

Geschäftsvertretung: GR Heinz Giger, Geschäft 3836

Felix Keller, Präsident: Ich möchte Sie vorab informieren, dass es hier keine zwei Lesungen braucht, weil ja nur der Subventionsschlüssel an sich behandelt wird, und wir machen auch gerade die direkte Beratung im Einwohnerrat.

Gemeinderat Heinz Giger, Vorsteher Departement Bildung – Erziehung - Kultur: Sie haben unlängst hier drin einen Subventionsschlüssel verabschiedet für Kinder- und Jugendzahnpflege mit dem Hinweis an den Gemeinderat, dass der Subventionsschlüssel für die Musikschule dem doch angepasst werden soll, insbesondere im familienfreundlichen Sinn. Was Ihnen jetzt vorliegt, haben wir gemacht. Wir haben es angepasst und haben – um Sie zu zitieren – unsere Hausaufgaben gemacht. Ich bitte Sie, den vorliegenden Schlüssel und die Anträge dazu gutzuheissen.

Felix Keller, Präsident: Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten wird. – Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Detailberatung.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Die CVP-Fraktion ist sehr erfreut über die speditive Anpassung dieses Subventionsschlüssels an den der Musikschule. Damit können Familien von den Folgen der ungünstigen Steuergesetzrevision wieder befreit und entlastet werden. Wir bedanken uns dafür, dass das so schnell ging. Der Hinweis dazu kam ja eigentlich von der CVP, deshalb sind wir besonders erfreut darüber. Wir stimmen dem natürlich zu.

Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion: Auch die SP/EVP-Fraktion stellt mit Freuden fest, dass das auf das neue Steuergesetz angepasst wurde. Wir hatten ja den Subventionsschlüssel der Musikschule schon vorher behandelt, als das Steuergesetz noch nicht erlassen war. Bei der Kinder- und Jugendzahnpflege stellte man dann fest, dass wegen der Abzüge eine Anpassung gemacht werden muss. Auch wir danken dem Gemeinderat, dass das so schnell gemacht wurde, und selbstverständlich stehen wir dahinter.

Siro Imber, FDP/GLP-Fraktion: Auch wir stimmen dem zu. Ich möchte aber darauf hinweisen, wie wir es schon beim letzten Subventionsschlüssel sagten, dass wir gern eine andere Berechnungsart hätten. Aber ich denke, das ist hier nicht das richtige Verfahren dafür; und es führte ja letztes Mal zu Verwirrungen, dass wir das so einbrachten. Ich denke, man müsste wirklich einmal darüber diskutieren, ob man nicht das System verändern wollte, damit man wirklich die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit im Vordergrund hat und nicht irgendwelche steuertechnischen Abzüge berücksichtigt werden. Schlussendlich geht es nicht darum, wie viel jeder bekommen soll – dort wollen wir ja im Grundsatz keine Änderung –, sondern dass es ein etwas gerechteres System ist. Ich denke, darauf müssten wir einmal in einem späteren Verfahren zurückkommen. Aber jetzt in diesem Fall sind wir auch dafür.

Felix Keller, Präsident: Gibt es weitere Voten? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Wir kommen daher zur Abstimmung über die Anträge des Gemeinderates, S. 2 des Berichts.

Antrag 1: Der überarbeitete Subventionsschlüssel betr. Beiträge an den Musikschulbesuch (Beil. 1) wird genehmigt.

://:
Einstimmig ja

Antrag 2: Der überarbeitete Subventionsschlüssel wird auf Beginn des Schuljahres 2009/2010, d.h. per 1. August 2009, in Kraft gesetzt.

://:
Einstimmig ja

Antrag 3: Mit der Inkraftsetzung des überarbeiteten Subventionsschlüssels betr. Beiträge an den Musikschulbesuch wird der bisherige Subventionsschlüssel (Anhang 1 zum Reglement über Beiträge an den Musikschulbesuch vom 14. November 2007) ersetzt.

://:
Einstimmig ja

Felix Keller, Präsident: Wir kommen noch zur Schlussabstimmung.

://:
Einstimmig ja

437 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 11

Postulat von Michel Mamie, SVP-Fraktion, vom 21.01.2009 betreffend Nutzung und Eingangsmöglichkeit in das Gebäude der Gemeindeverwaltung Allschwil

**Antrag des Gemeinderates: Nicht-Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 3826**

Gemeinderat Christoph Morat, Vorsteher Departement Hochbau – Raumplanung: Leider muss ich Ihnen heute Abend beantragen, dass man das Geschäft nicht überweist. Ich möchte darauf hinweisen, dass der Antrag lautet: „Der Gemeinderat wird gebeten zu überprüfen, ob die Schiebetür am Eingang des Verwaltungsgebäudes mit elektronischen Schlüsseln, so genannten Badges, ausgestattet werden kann. So könnten Mitarbeiter, Kommissionsmitglieder und Fraktionen die Räumlichkeiten individuell betreten.“ – Das ist heute schon der Fall. Wir haben heute schon elektronische Schlüssel. Wir haben eine Sicherheitsanlage, und zwar eine integrale, die zum Teil auch mit einer Brandmeldeanlage gekoppelt ist. Eine Gemeindeverwaltung ist nicht ein Schulhaus oder eine Turnhalle. Es hat dort sensible Daten, und wir möchten eigentlich an der Sicherheitspolitik festhalten und möchten den Kreis der Schlüsselbenutzer und –besitzer nicht unnötig erweitern. Das ist der Hauptgrund, wieso wir uns im Gemeinderat nicht vorstellen können, den Kreis zu erweitern. Denn dahinter steht ja der Wunsch, dass die Sitzungsräume für die Fraktionen geöffnet werden können. Die Begründungen sind nicht ganz richtig. Zu Punkt 1 der Begründung habe ich jetzt gerade Stellung genommen. Zu Ziff. 2 der Begründung habe ich wohl auch schon etwas gesagt. Und zu Ziff. 3 der Begründungen, Mitarbeiter der Verwaltung: Da gibt es sicher ein

paar, die früher anfangen möchten oder abends länger arbeiten. Eine Umfrage unter den Hauptabteilungsleitern – und das ist für den Gemeinderat massgeblich – sagte aber aus, dass dies nicht erwünscht ist, sondern dass die Zeiten von 6.15 Uhr bis abends 18.00 Uhr vollauf genügend sind. Es gibt auch Mitarbeiter, die länger bleiben können. Aber auch das möchten wir relativ restriktiv behandeln, bzw. es so belassen, wie es heute ist. Zu Ziff. 4 der Begründung: Der Hauswart muss in jedem Fall eine Schlusskontrolle vornehmen; denn es ist nicht damit getan, einfach nur einen Knopf zu drücken, und dann ist die ganze Sicherheitsanlage wieder eingeschaltet. Sondern es muss ein ganz genaues Vorgehen befolgt werden; und ich möchte nicht irgendwelche Fraktionspräsidentinnen oder –präsidenten diesbezüglich extra schulen müssen. Das wäre ein Riesenaufwand. Das gäbe eine Riesenverantwortung für diese Person. Aus diesem Grund raten wir Ihnen davon ab, das Postulat zu überweisen.

Felix Keller, Präsident: Der Gemeinderat beantragt Nichtentgegennahme. Damit ist die Diskussion offen.

Jürg Vogt, FDP/GLP-Fraktion: Wir haben das in der Fraktion intensiv diskutiert. Es kamen wirklich Fragen auf. Wir kamen aber schlussendlich genau zu dem Ergebnis, wie Herr Morat es jetzt sagte. Und wir sind überzeugt, dass es richtig ist, den Zutritt sehr restriktiv zu handhaben. Und dass der Hausmeister anwesend sein muss in solch einer Verwaltung, ist für uns zwingend. Somit sehen wir ebenfalls keinen Grund, irgendetwas zu ändern, und wir werden das Postulat nicht überweisen.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wir von der CVP-Fraktion haben das ebenfalls sehr ausführlich diskutiert. Ich persönlich habe auch grosses Verständnis für das Postulat. Wir sind aber auch zum Schluss gekommen, dass – gerade weil bei der Gemeindeverwaltung sehr viele sensible Daten gelagert sind, ich denke da nur etwa an Steuerakten oder an Akten von hängigen Verfahren, die ja letztendlich dem Amtsgeheimnis unterliegen – der Zutritt restriktiv gehandhabt werden muss. Und wir sind auch der Meinung, dass das System so, wie es heute ist, absolut genügend ist.

Felix Keller, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Damit kommen wir zur Abstimmung. Wer das Postulat überweisen möchte, möge das mit der Karte bezeugen.

://:

Die Überweisung des Postulats wird grossmehrheitlich abgelehnt.

438 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 12

Postulat von Simon Zimmermann, SVP-Fraktion, vom 09.02.2009 betreffend Anschaffung von Defibrillatoren

Antrag des Gemeinderates: Nicht-Entgegennahme

Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff, Geschäft 3830

Gemeinderat Thomas Pfaff, Vorsteher Departement Einwohnerdienste – Sicherheit: Zum Verständnis möchte ich kurz erklären, was man unter einem Laien-Defibrillator versteht. Das Gerät ist so konzipiert, dass es auch ein Nichtmediziner bedienen kann und darf. Aus diesem Grund wird von einem Laien-Defibrillator gesprochen. Aber verstehen Sie mich nicht falsch: Es ist nicht so, dass man überhaupt keine Kenntnisse braucht. Eine Nothelfer- und eine CPR-Ausbildung sind unabdingbar. Zum Verständnis: CPR steht für „cardio-pulmonale Reanimation“, auch bekannt unter dem Begriff Herz-Lungen-Massage. Die CPR-Ausbildung muss auch regelmässig geübt und erneuert werden. Nur dann sind lebensrettende Sofortmassnahmen bei einem Herzkranken auch Erfolg versprechend. Das Laien-Defibrillator-Gerät ist nur eine Unterstützung und ersetzt die Anwendung von CPR nicht. Damit reicht es nicht, dass wir einfach solche Laien-Defibrillatoren aufstellen. Es braucht auch Menschen, die sich in CPR ausbilden lassen und diese Ausbildung regelmässig erneuern. An dieser Stelle lade ich Sie gerne dazu ein, sich für die entsprechenden CPR-Kurse beim Samariterverein Allschwil anzumelden. Denn in den Augen der Sanität und der Fachleute ist nämlich das grösste Problem, dass es in der Schweiz zu wenige Leute gibt, die eine solche Ausbildung haben, sie aktuell halten und auch bereit sind, sie einzusetzen, wenn sie an eine

Unfallstelle gelangen. Häufig wird gewartet, bis die Sanität eintrifft, statt dass man vor Ort Erste Hilfe leistet, bis Fachleute übernehmen.

Das Postulat ist mit mehreren Punkten begründet. Ich gehe auf diese Begründungen ein. Zu 1: Gesellschaftliche Veränderungen haben in der Tat dazu geführt, dass Herzkrankungen in den industrialisierten Ländern zugenommen haben. Gemäss SUVA sind die Gründe in der Schweiz die folgenden: falsche Ernährung, Bewegungsarmut im Beruf, aber auch in der Freizeit, und Stress am Arbeitsplatz.

Zu 2: Es ist richtig, dass die SBB als Besitzerin des Bahnhofsgeländes und Verantwortliche für die Sicherheit auf ihrem Gelände an mehreren Stellen öffentlich zugängliche Laien-Defibrillatoren aufgehängt und gekennzeichnet hat. Vielleicht haben Sie einmal darauf geachtet, auf der Passerelle ist beim Abgang zu einem der Geleise ein Kasten mit einer durchsichtigen Scheibe, und dahinter ein Sanitäts-gelb leuchtendes Gerät. Wenn man die Türe aufreisst und das Gerät herausnimmt, geht sofort eine Alarmmeldung an die Sanität – was auch bedingt, dass jemand dort stehen bleiben muss, der dann, wenn die Sanität eintrifft, sagt, wo nun effektiv die Stelle ist, an der ein Herzkranker Hilfe braucht. Aus den gleichen Gründen besitzt auch der Euro-Airport solche Defibrillatoren. Dann schreibt aber der Postulant, dass „Basel in Zukunft an allen grösseren Plätzen“ solche Laien-Defibrillatoren installieren werde. Falls mit „grösseren Plätzen“ öffentliche Plätze gemeint sind, dann muss ich dem klar widersprechen. Gemäss Auskunft des Gesundheitsdepartements des Kantons Basel-Stadt besteht keine Absicht, flächendeckend Laien-Defibrillatoren auf öffentlichem Grund zu installieren.

Zu 3: Der Postulant sagt, dass in der ganzen Stadt Olten solche Laien-Defibrillatoren vorhanden seien. Diese Aussage ist schlicht und einfach falsch. Die Stadt Olten hat keinen einzigen öffentlich zugänglichen Laien-Defibrillator auf öffentlichem Grund aufgestellt. Sie hat das lediglich einmal geprüft – und dann davon abgesehen. Vielleicht verwechselt der Postulant dies mit dem Bahnhof Olten, wo tatsächlich Laien-Defibrillatoren aufgestellt wurden und wo dies sogar von einer wissenschaftlichen Studie begleitet wird, die den Nutzen solcher öffentlich zugänglicher Laien-Defibrillatoren auswerten soll.

Zu Begründung Nr. 4 möchte ich nur noch etwas klarstellen: Nicht die Gemeinde, sondern die entsprechenden Eigentümer – also SBB, Einkaufszentren, Sportstadionbetreiber, Firmen – schaffen derartige Laien-Defibrillatoren an und montieren sie öffentlich oder halböffentlich.

Jetzt komme ich aber zum Antrag. Der Postulant bittet den Gemeinderat zu prüfen, ob 1. die Gemeindeverwaltung, 2. die Gemeindepolizei, 3. die Feuerwehr und 4. grössere Gewerbe- und Verkaufsgebäude einen Laien-Defibrillator anschaffen sollen. Genau in dieser Reihenfolge nehme ich dazu Stellung. Die Gemeindeverwaltung besitzt seit dem Jahr 2006 einen solchen Laien-Defibrillator. Es gibt klare Anweisungen, wie im Notfall alarmiert und gehandelt werden muss. Es ist sichergestellt, dass mehrere Mitarbeiter die aktuelle CPR-Ausbildung haben und den Laien-Defibrillator bedienen können. Die Gemeindeverwaltung ist also bestens versorgt. Die Gemeindepolizei hat Zugriff auf den gleichen Laien-Defibrillator und ist ebenfalls entsprechend ausgebildet. Drittens: Die Feuerwehr hat keinen Bedarf. Wenn immer im Alarmfall Menschenleben in Gefahr sind oder in Gefahr geraten könnten, wird parallel auch immer auch die Sanität auf den Schadenplatz aufgeboden. Damit sind die Fachleute zeitgleich auf dem Platz wie die Feuerwehr selber. Viertens: Bei Gewerbe- und Verkaufsgebäuden ist es der jeweilige Inhaber, der die Risikoabwägung vornehmen muss und sich dann für oder gegen die Anschaffung eines Laien-Defibrillators entscheidet. Die Gemeinde hat keine gesetzliche Kompetenz, darauf Einfluss zu nehmen. Die gesetzliche Kompetenz würde beim Kanton liegen. Die Sicherheitsverantwortlichen dieser Firmen werden von der SUVA regelmässig über den Nutzen solcher Laien-Defibrillatoren informiert. Aus diesem Grund besteht kein Bedarf, dass die Gemeinde ergänzend auch noch informiert.

Ich fasse zusammen: Die vom Postulanten geforderte Prüfung bei Gemeinde, Gemeindepolizei und Feuerwehr hat bereits vor Jahren stattgefunden. Und bei Gewerbe- und Verkaufsgebäuden hat die Gemeinde keinen Einfluss, und die Firmen werden bereits genügend durch die SUVA ermuntert, solche Laien-Defibrillatoren anzuschaffen. Aus diesen Gründen beantragt Ihnen der Gemeinderat, das Postulat nicht zu überweisen.

Felix Keller, Präsident: Sie haben gehört, der Gemeinderat beantragt Nichtüberweisung. Damit ist die Diskussion offen.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Zum einen ist es sicher eine Ermessenfrage, was man als öffentlich oder nichtöffentlich ansieht. Für mich ist ein Manor auch öffentlich, denn das ist für jeden zugänglich, man

kann hineingehen, um einzukaufen. Die haben das in Basel auch gemacht, und da war auch die Regierung hinterher und machte es ihnen schmackhaft. In Olten ist es dasselbe. Die Apparate sind zum Teil aussen an den Gebäuden der Einkaufszentren befestigt, man kann sie auch abends abnehmen. Das ist aus meiner Sicht auch öffentlicher Grund: Man kann es benutzen, auch wenn der Laden geschlossen ist. Es ist natürlich erfreulich, dass die Gemeinde so ein Gerät hat und für ihre Mitarbeiter sorgt. Aber damit sind die Stimmbürger nicht abgedeckt, wenn man auf die Gemeinde rennen muss, um so ein Gerät zu holen; das ist einfach zu weit weg. Und es ist an und für sich keine all zu teure Anschaffung. Man kann sich ja mit der Sanität zusammentun. Es gibt den Lindenplatz, der weit weg von der Gemeindeverwaltung ist, und das Dorf oben ist auch weit von der Gemeindeverwaltung weg. Es würde meiner Meinung nach schon Sinn machen, dass man darüber diskutiert. Es irritiert mich auch ein wenig, dass man da, wenn es um Menschenleben geht, so... ja, ist ja egal... Dieses Gerät kann heute jeder Neulenker bedienen. Wer an die Autoprüfung gehen will, muss diesen CPR gemacht haben, das ist neu im Nothelferkurs drin. Es ist also nicht so, dass niemand diese Geräte bedienen kann. Die Frage ist, ob man es bedienen will, oder ob man wegschauen will. Also ich bin weiterhin der Meinung, dass man das Postulat überweisen und prüfen sollte, und ich bitte euch, mir zuzustimmen.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Die CVP-Fraktion war diesem Postulat wohlgesinnt, als wir hierher kamen. Es heisst „prüfen“ – aus meiner Sicht oder auch aus Sicht der Fraktion hätte man das jetzt prüfen können, das hätte absolut Sinn gemacht. Aber nach den Ausführungen des Herrn Gemeinderats Pfaff, die wiederum sehr ausführlich waren – ich habe es nur zuerst nicht ganz begriffen; zuerst tönte es so negativ, als sei dieses CPR sehr aufwendig, dann gab es wieder einen Schwenk dahin, dass man das eigentlich auf der Gemeinde pflegt und dass man dort so einen Defibrillator zur Verfügung hat, und, was noch viel wichtiger ist, dass man den auch gut einsetzen könnte – aber wie gesagt, aufgrund der Ausführungen von Gemeinderat Pfaff finden wir bei der CVP jetzt, dass es da nichts mehr zu prüfen gibt. Wir haben das Gerät. Und ob es dann die Polizei oder die Feuerwehr oder weiss ich wer auch noch haben müsste, für diese Frage müssen wir das Postulat nicht überweisen

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Es sind ja zwei Dinge: der „Defi“ – und du, der du damit arbeitest. Ich durfte in der Osterzeit, an den drei Tagen, als die Kinder frei hatten, so einen Kurs absolvieren und mit diesem Gerät arbeiten. Das ist wirklich ganz toll. Es ist wirklich toll, einer netten Person so einen Defi auf die Brust zu legen. Aber die Reanimation – das ist nochmals etwas anderes. Und ob da ein Neulenker-Kurs mit dieser Schnellprüfung ausreicht, um dann wirklich eine Reanimation zu machen...? Das kommt nämlich zuerst. Der Defi kommt erst hinzu, wenn du nicht mehr weiterkommst, oder wenn die Person nicht auf die Arbeit reagiert, die du mit ihrem Körper machst. Und ich denke nicht, dass man das einfach irgendwo öffentlich hinhängen kann, und dann: „Hol mir das mal schnell!“ Dann lieber ein Alarmknopf in der Nähe, wo man weiss, wenn man dort draufdrückt, dann passiert etwas. Ich glaube, es braucht mehr als nur ein einfaches Gerät. Es braucht dich mit deiner Verantwortung. Und da ist ein Stück mehr hintendran.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich bin ebenfalls der Meinung, dass so ein Defi durchaus Sinn machen kann, dass aber die Bedienung des Defi auch gewährleistet sein muss. Und wenn wir heute gehört haben, dass die Gemeindeverwaltung bereits so ein Gerät hat, und dass auch sichergestellt ist, dass man es bedienen kann, dann ist dem Anliegen sicher Genüge getan. Nun auch noch öffentlich solche Defis aufzuhängen, die dann von irgendjemandem bedient werden, das kann meines Erachtens sogar eher eine Gefahr schaffen. Ich bin zwar keine Fachperson, aber ich denke, diese Defibrillatoren muss man auch bedienen können, und wenn man es falsch macht, dann kann man, je nachdem, mehr Schaden als Nutzen anrichten.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Also mit diesen Defibrillatoren passiert gar nichts. Das ist wie ein Kindermärchen, das man auf einer Platte abhört. Der sagt dir, du musst das tun oder jenes tun, und er schieisst erst dann, wenn 100% gewährleistet ist, dass nichts mehr funktioniert. Man kann da nichts falsch machen, und aus diesem Grund verstehe ich auch die Aufregung nicht. Man kann nichts falsch machen. Er schieisst nicht, wenn noch irgendetwas an Leben vorhanden ist. Er schieisst nur dann, wenn ganz klar die Situation gegeben ist, dass nichts mehr läuft. Dann warnt er auch dreimal: Finger weg! Dann muss man eben die Finger wegnehmen und den Knopf drücken, und dann geht etwas. Und vorher kann da nichts passieren. Man kann die aufhängen. Und wenn die mit der Sanität verknüpft sind, dann kommen die ja. Ich sehe den Punkt nicht – ob man jetzt eine Notsäule hinstellt, wo man auf den Knopf drückt, aber dann in der Zwischenzeit nichts tun kann, oder ob man etwas arbeiten kann. Den Defibrillator muss man

nämlich von Anfang an aufkleben und nicht erst, wenn nichts mehr geht. Ich habe den CPR-Kurs auch gemacht: Man soll den Defibrillator von Anfang an aufkleben, wenn man ihn hat.

Rita Urscheler, Fraktion Grüne: Wir von den Grünen finden es auch eine gute Idee, dass das geprüft wurde. Wir finden aber auch, in der Realität ist die Einführung von mehreren Defis in Allschwil nicht sinnvoll. Ich persönlich kann sagen, dass ich innerhalb einer Weiterbildung von meiner Arbeitgeberin aus vor zirka zwei Jahren so einen Kurs gemacht habe. Und ich muss sagen: Bis ich wieder wüsste, wie ich das befestigen müsste – in der Zeit wäre wahrscheinlich auch die Sanität da.

Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion: Nun ist es fast schon gesagt worden: Diese Defis vermitteln meiner Meinung nach ein wenig eine falsche Sicherheit. Man hat das Gefühl: Dort ist jemand umgefallen, schnell einen Defi holen! Aber zuerst muss man ja schauen, was fehlt diesem Menschen? Wenn ein Unfall passiert, das wissen wir doch, stehen zuerst einmal alle drum herum, und jeder sagt zuerst mal „Ah“ und „Oh“, und „Was ist passiert“. Nun muss zuerst einmal jemand feststellen, dass der Betreffende keinen Herzschlag mehr hat. Bis dahin ist schon mal eine Weile vergangen. Wenn einer am Boden liegt, dann ist das Erste, was ich vermutlich tue, die Sanität anzurufen. Bis dann noch jemand reagiert und den Defi holt, geht der Erste hin und klopft dem Verletzten ins Gesicht oder so. Das ist einfach eine Zeitverzögerung. – Das ist richtig auf der Gemeindeverwaltung, wo es vielleicht geschultes Personal hat. Das ist sicher sinnvoll im Hallenbad; dort wäre auch geschultes Personal, das genau weiss, was zu tun ist. Aber in einem öffentlichen Gebäude, in einem Jumbo-Markt, wo Leute durchlaufen, und kaum fällt einer um, nimmt der Nächste den Defi von der Wand, und schon steht die Sanität da... Das ist ähnlich wie ein Feuermelder ohne Glasabdeckung: Man drückt einfach mal. Und sagt dann: Ja, wir haben halt gedacht, der ist da umgefallen... Es ist ein wenig eine heisse Sache. Also ich wollte mich nicht abhängig machen und jemandem das Leben retten wollen mit dem Hinweis: Wir haben ja einen Defi. Da wird irgendwie eine Sicherheit vorgegaukelt, die wir dann doch nicht haben. Darum meine ich auch, man sollte das Postulat bitte nicht überweisen.

Gemeinderat Christoph Morat, Vorsteher Departement Einwohnerdienste – Sicherheit: Ich möchte schnell auf das eine oder andere Votum eingehen. Herr Wolf hat die Befürchtung, es könne eine Gefahr bestehen, dass jemand Schaden nimmt, wenn das Gerät falsch bedient wird. Da darf ich Herrn Zimmermann beipflichten: Das Gerät ist eben laientauglich, und darum kann der Mensch keinen Schaden nehmen durch das Gerät. Der Verunfallte oder der Herzranke kann nur dann Schaden nehmen, wenn der Helfer nicht gut geschult ist und darum seine Hilfe nur *halbbatzig* leistet: wenn ich zu wenig tief bin, wenn ich an der falschen Position drücke, die Symptome falsch deute usw. Wobei auch dort gilt, daran möchte ich erinnern: Lieber helfen mit mangelndem Wissen als daneben stehen und nichts tun. Denn letztlich lohnt jeder Versuch, ein Leben zu retten. Also vom Gerät her besteht keine Gefahr durch Falschbedienung.

Dann ist richtig: Nach der neuen Ausbildung bekommen Neuliker nicht nur eine Nothelferausbildung, sondern dort ist auch CPR integriert. Von daher wird also sichergestellt, dass immer mehr Leute diese Kenntnis haben. Das Problem ist, dass es keine Verpflichtung gibt, diese Ausbildung regelmässig zu repetieren. Und genau das ist notwendig. Weil es ein wenig heikel ist, weil man exakt arbeiten muss, verliert sich das Wissen schnell. Ich merke es bei mir selber. Wenn ich wieder einmal so einen Repetitionskurs mache, dann wird immer eingangs geschaut, wie ist der jetzige Wissensstand, und dann wird das Ganze repetiert, und dann macht man einen Abschlusstest. Und zwischen diesem Vorher und Nachher ist manchmal ein immenser Unterschied. Also meine „Patienten“ sind zu Beginn des Kurses regelmässig verstorben, trotz meiner Hilfe.

Dann kam noch zur Sprache, durch Herrn Zimmermann, dass diese Geräte anderenorts auf öffentlichem Grund aufgestellt und zugänglich seien. Ich darf einfach daran erinnern, welches der Antrag ist: Der Antrag ist, dass – nebst Gemeindeverwaltung, Gemeindepolizei und Feuerwehr, die wir jetzt schon erledigt haben – „grössere Gewerbe- und Verkaufsgebäude solch ein Gerät anschaffen“. Und jetzt reden wir plötzlich von öffentlichem Grund – aber damit hat dieses Postulat nichts zu tun. Dazu müsste man schon den Antrag abändern. Aber wenn ich doch noch schnell dazu Stellung nehmen darf: Auf öffentlichem Grund haben wir dann noch das Problem mutwilliger Zerstörung. Ich darf zum Beispiel auf die heutige Medienmitteilung verweisen, die der Gemeinderat herausgegeben hat. Was da bei der Post abgeht, das kennt ja allmählich keine Grenzen mehr. Und nun sollen wir noch teure Geräte aufhängen, die öffentlich zugänglich sind – ob das eine gute Entscheidung wäre, das bezweifle ich. Aber ich gebe recht: Je mehr Geräte es gibt, desto besser, es wäre erfreulich, wenn es mehr Geräte gäbe – aber es

muss gesellschaftlich dann auch noch aufgehen, dass sie dann auch zur Verfügung stehen, wenn man sie braucht.

Simon Maurer, SP/EVP-Fraktion: Was ich sagen wollte, hat Thomas Pfaff gerade erwähnt. Ein weiterer Punkt, der gegen die Anschaffung dieser Geräte spricht, ist der Vandalismus und somit wiederkehrende Kosten. Ich habe das Gefühl, wenn an einer Tramhaltestelle so einer stünde, dann müsste man jedes Wochenende den Defi ersetzen und den Billett-Automaten.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Okay, eigentlich ist ja dieses Postulat ziemlich beantwortet. Vielleicht nicht ganz zu meiner Zufriedenheit – aber aus dem Ganzen heraus denke ich, ich ziehe das Postulat jetzt zurück, und wir schreiben es ab.

Felix Keller, Präsident: Gut, damit ist auch die Rednerliste erschöpft. Herr Zimmermann hat die Interpellation zurückgezogen, wir müssen also gar nicht darüber abstimmen. Wir können das Geschäft damit abschliessen.

439 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 13

Postulat von Susanne Studer, SVP-Fraktion, vom 18.02.2009 betreffend Schulzentrum Wegmatten

Antrag des Gemeinderates: Nicht-Entgegennahme

Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 3835

Gemeinderat Christoph Morat, Vorsteher Departement Hochbau – Raumplanung: Auch diesem Postulat muss ich leider eine Absage erteilen. Wir empfehlen, dass man es nicht überweist. Ich komme schnell zur Begründung. Der Antrag lautet ja „Der Gemeinderat wird gebeten zu überprüfen, in welcher Form ein Schulzentrum Wegmatten zu realisieren ist“. Dazu muss man vielleicht ein bisschen weiter ausholen. Alle Schulhäuser in Allschwil sind so ungefähr zwischen 1954 und 1974 gebaut oder das letzte Mal umfassend saniert worden. Und entsprechend ihrem Alter sind in den kommenden Jahren Gesamtanierungen oder Ersatzbauten notwendig. Das war eine richtige Feststellung der Postulantin. Es ist auch korrekt, sich vor Inangriffnahme einer allfälligen Sanierung Grundsatzgedanken zu machen. Da muss man aber auch einbeziehen, wie denn unsere künftige Bildungslandschaft aussieht. Das kann man zum heutigen Zeitpunkt noch nicht so genau abschätzen. Es stehen verschiedene Neuerungen im Raum. Sie alle kennen die Problematik von HarmoS – „Kleeblatt-Abstimmung“ im Kanton Aargau zum Beispiel, und HarmoS mit – oder ohne – Basisstufe. Je nachdem, wie das Volk dies entscheiden wird – ob mit oder ohne Basisstufe – bedeutet das einen recht grossen Investitionsbedarf und einen rechten Riesenklotz an Schulhaus, der da auf der Wegmatten entstehen würde. Gegenwärtig sind wir in einer Arbeitsgruppe daran zu überprüfen, wie man das Schulhaus Gartenstrasse sanieren könnte. Theoretisch ist dort auch ein Neubau möglich. Theoretisch – aber das kann man zum heutigen Zeitpunkt noch nicht genau abschätzen, weil wir, wie gesagt, gewisse Zahlen noch gar nicht kennen. Wir wissen noch gar nicht, wo hinaus diese Schulhausplanungen laufen sollen. Aus diesem Grund können wir diesem Postulat zum heutigen Zeitpunkt nicht zustimmen. Wir möchten auf der Wegmatten kein Schulzentrum in dieser Grössenordnung. Der Gemeinderat hat das auch beraten und gesagt: Wir möchten im Moment von der gegenwärtigen Lösung der Primarschulhäuser in Allschwil nicht wegkommen und ein Riesenschulzentrum hinstellen. Sondern wir möchten eigentlich die vier Schulhäuser momentan – ich sage momentan – so beibehalten. Das heisst: Die Schulhäuser Lettenweg und Breite sowie die Gartenhof-Turnhalle werden ja wahrscheinlich zum August 2010 vom Kanton übernommen. Damit fallen die schon einmal weg. Somit bleibt für Allschwil eigentlich nur noch die Schulhausplanung für die Primarschulhäuser übrig. Standort, Grösse, Reserven und Schulformen sprechen also, wie gesagt, zum heutigen Zeitpunkt eindeutig dagegen, dass man sich ein Schulzentrum Wegmatten zum gegebenen Zeitpunkt vorstellen könnte. Ich bitte Sie darum, das Postulat nicht zu überweisen.

Felix Keller, Präsident: Sie haben es gehört, der Gemeinderat möchte das Postulat nicht übernehmen. Damit ist die Diskussion offen.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Die CVP findet es gut, dass man Wegmatten wieder thematisiert. Wir sind aber der Meinung, dass man da zuerst für das ganze Areal einen Masterplan erstellen müsste. Und in diesem Gesamtkonzept könnten dann Wünsche wie Schulhausbauten, Alterswohnungen, etc. eingebracht und mit eingeplant werden. Die Gemeinde ist nämlich in Zukunft auf Mehreinnahmen angewiesen. Und somit sollte auch eine vernünftige Planung für Wohnbauten gemacht werden, die Baurechtszins generieren und etwas in die Kasse bringen. Für den geplanten Umbau des Schulhauses Gartenstrasse muss sehr viel Geld eingesetzt werden. Der teure Umbau kann auch keine befriedigende Lösung bieten. Denn dieser Bau wird auch nachher ein altes Schulhaus sein, verfremdet mit einem neuen Anbau. Man sollte sich wirklich ernsthaft überlegen, ob man nicht das alte Schulhaus abreißen und an seiner Stelle einen Neubau errichten sollte. Ein Neubau hätte den grossen Vorteil, dass er so geplant werden könnte, dass er den heutigen und kommenden Bedürfnissen – wie HarmoS – entsprechen könnte. Zudem spricht für diesen Standort, dass in der Nähe, im Gebiet Ziegelei sowie Spitzwaldstrasse, eine Menge neuer Häuser gebaut wurden und noch gebaut werden. Kinder sollten möglichst in Quartiernähe zur Schule gehen können, und Kinder sollten keine allzu weiten Schulwege zurücklegen müssen. Wir unterstützen das Postulat in dem Sinne, dass man es einmal prüft und darüber berichtet.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Wir folgen gern dem Gemeinderat. Primarschulhäuser sind Quartierschulhäuser. Ich kann mir nicht vorstellen, dass zum Beispiel vom Zick-Zack vorne, vom Quellenweg oben, vom Weiherweg Primarschülerinnen und Primarschüler in die Matten hinübergehen und Richtung Bachgraben spazieren würden, um dort in die Schule zu gehen. Diese Schulhäuser – Bettenacker, Schulzentrum Schönenbuchstrasse und Gartenstrasse – diese Standorte sind mit den Wohngebieten verwurzelt. Ich glaube, alle von euch, die Kinder haben, können sich nicht vorstellen, dass man von einem Aussenquartier dorthin gehen müsste. Das Thema Gartenstrasse kann man nicht trennen in Turnhalle, Konzerthalle und Schulhaus. Das ist ein Riesenkomplex dort; und solange die Turnhalle noch diese Wertschätzung hat, weil man nichts anderes hat, wird wohl nicht anderes möglich sein als zu sanieren, bis das Konzept total möglich ist. Wir sehen nicht das Vorgehen von Susanne Studer, da eine Riesenplanung zu machen. Wir müssen wahrscheinlich abwarten, was der Kanton tut, und versuchen, die Quartierschulhäuser zu erhalten, dort wo Kinder und Familien daheim sind.

Julia Gosteli, Fraktion Grüne: Wir von den Grünen haben das auch besprochen. Wir sind auch für Abwarten, wir finden das sinnvoll. Wir wollen wissen, was herauskommt bei HarmoS. Wir finden, vorher lohnt es sich nicht, sich damit näher zu befassen. Uns beschäftigt dann eigentlich viel mehr, oder wir würden es eher begrüßen, wenn man sich einmal einen Zusammenschluss der Sekundarschulen anschauen würde – Niveau A, E und P unter einem Dach, das würde uns sehr gefallen. Es stört uns nach wie vor, dass der A-Zug separiert wird. Das ist nämlich auch eine Stigmatisierung der A-Zug-Schülerinnen und –schüler. Wir würden es sehr begrüßen, wenn man darauf ein Auge werfen würde.

Kathrin Gürtler, FDP/GLP-Fraktion: Die FDP/GLP-Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderates, und ich kann mich Herrn Winter anschliessen: Es ist wichtig, dass die Primarschulhäuser in den Quartieren sind. Besonders muss man auf die Sicherheit des Schulwegs achten, und wenn da aus ganz Allschwil die Schüler an die Wegmatten kommen müssten, dann wäre das nicht mehr gewährleistet. Überhaupt ist dieser Standort bereits jetzt von zwei grossen Strassen umgeben, und auf einer dritten Seite ist das Gewerbegebiet, aus dem keine Schüler kommen. Möchten die Eltern, dass ihre Kinder sicher zur Schule kommen, so müssten sie sie entweder, wenn es gut geht, zu Fuss begleiten, oder es wird dann das Auto benutzt, was auch überhaupt nicht sinnvoll ist.

Gemeinderat Christoph Morat, Vorsteher Departement Hochbau – Raumplanung: Nur eine Antwort an Frau Gosteli. Es ist natürlich so, dass die Schulhäuser Breite und Lettenweg in Zukunft Standort sein werden für alle drei Züge der Sekundarschule. Aber näher zusammenrücken geht einfach nicht in Allschwil. Es werden also zwei Dächer sein, aber sicher nicht mehr drei. Also, es ist eigentlich geplant, dass zu gegebener Zeit das Sekundarschul-Niveau A ebenfalls am Lettenweg- und Breite-Standort geführt wird. Aber, wie gesagt, dies erst nach HarmoS-Annahme. Und dort wiederum spielt es keine Rolle, ob die Basisstufe kommt, denn das hat keinen Einfluss auf die Sekundarschule, oder zumindest keinen direkten.

Cedric Roos, SVP-Fraktion: Ich melde mich auf das Risiko, dass ich etwas verpasst oder nicht vollständig mitbekommen habe. Trotzdem möchte ich mich noch schnell zu Wort melden. Wir gehen

einfach diesen Weg. Wir versuchen, die Scheuklappen einmal abzulegen. Es ist einfach eine neue Idee, Jean-Jacques Winter, die Schulhäuser zu zentralisieren. Das ist bisher schon realisiert bei der Musikschule. Primarschüler können auch in die Musikschule gehen, in ein zentrales Schulhaus. Also möglich ist es auf jeden Fall. Ich habe jetzt aus der Antwort des Gemeinderates herausgehört, oder ich glaube herausgehört zu haben, dass sie momentan ablehnender Haltung sind, im Hinblick auf HarmoS. Wie sieht das zu einem späteren Zeitpunkt aus?

Gemeinderat Christoph Morat, Vorsteher Departement Hochbau – Raumplanung: Schätzungsweise in 4 Milliarden Jahre ist die Erde zu Ende, weil das Sonnensystem nicht mehr funktioniert oder so... Ich weiss nicht, was passiert, wenn HarmoS kommt, ob HarmoS überhaupt kommt, und mit welchen Bedingungen HarmoS kommt. Zum heutigen Zeitpunkt ist ganz schlecht abschätzbar, was für Nebengeräusche das noch geben wird im Kanton Baselland, im Bildungsraum Nordwestschweiz. Es heisst einfach für uns hier in Allschwil, wir müssen im Moment mit dieser Ungewissheit leben. Wir gehen sorgsam mit unseren Ressourcen um, sprich mit dem Geld. Aber der Zahn der Zeit nagt an unseren Gebäuden, und da müssen wir für ein Teil der Schulhäuser vielleicht schneller reagieren, als uns das lieb ist. Und daher: So eine Riesenplanung – das ist ja eine enorme Planung, die es für so ein Schulzentrum benötigen würde – das würde alle anderen Investitionen, die eventuell früher nötig würden, gewissermassen vernichten. Ich kann Ihnen heute keine abschliessende Antwort geben, was passiert, wenn HarmoS kommt. Vorgesehen ist es ungefähr ab 2015 – aber unter welchen Bedingungen und mit welchen Begleiterscheinungen, das kann ich Ihnen zum heutigen Zeitpunkt beim besten Willen nicht sagen. Und die Auswirkungen auf die Gemeinde und auf die Infrastruktur dieser Schulhausbauten erst recht nicht. Tut mir leid.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Ich habe, glaube ich, etwas verpasst, aber es würde mich jetzt schon noch wundernehmen: Ich meine, ein Schulzentrum auf der Wegmatten – es ist eigentlich schon nicht sinnvoll, ein Zentrum dort zu machen, wo viele Kinder die Strasse überqueren müssten. Wenn es ein Quartierschulhaus wäre, könnte ich es mir vorstellen, wenn es dort auch noch Wohnbauten gäbe. Aber es würde mich jetzt wundernehmen, wo denn die Gemeinde Boden zur Verfügung hätte, oder würde sie neue Schulhäuser bauen wollen?

Gemeinderat Christoph Morat, Vorsteher Departement Hochbau – Raumplanung: Die Frage ist, ob wir überhaupt neue Schulhäuser brauchen. Und wie gesagt: auch das ist total abhängig von der zukünftigen Bildungslandschaft. Also man geht davon aus, das HarmoS eine Schulharmonisierung sein wird, die 6 Jahre Primarschule und 3 Jahre Sekundarschule, egal welches Niveau, bringen wird. Das ist der heutige Stand. Für uns heisst das, wir müssen in Allschwil mindestens einen Zug mehr in der Primarschule erhalten, weil die Schüler länger in der Primarschule bleiben. Damit brauchen wir mehr Platz für Primarschüler. Netto sollte es am Schluss aufgehen, weil ja die Sekundarschule ein Jahr weniger hier in Allschwil verbringt. Es wird eine Verschiebung von Schülern geben hierher, einen Zusammenzug aller drei Niveaus in dieses Quartier – Breite und Lettenweg – und damit werden andere Schulhäuser frei. Das heisst, wir haben das Schulhaus Schönenbuch: momentan kein riesiger Sanierungsbedarf. Ein Schulzentrum Neuallschwil: momentan kein riesiger Sanierungsbedarf. Wir haben ein Schulhaus Gartenstrasse: ganz grosser Sanierungsbedarf; steht zuoberst in der Prioritätenliste des Gemeinderates. Und ein Schulhaus Bettenacker, das erheblich in die Jahre gekommen ist und eigentlich auch einen sehr grossen Sanierungsbedarf hat. Das sind die Standorte, mit denen sich der Gemeinderat im Moment in Bezug auf Schulhäuser auseinandersetzen kann. Man hat vor Jahren einmal vom Areal Sturzenegger geredet, falls Allschwil besonders stark wachsen sollte. Im Moment muss man das eher nicht in Anspruch nehmen. Es sind in dem Sinn keine neuen Schulhäuser geplant, sondern es geht zuerst einmal um eine Beschränkung auf die Standorte, die wir heute haben. In diesem Sinn und Geist.

Werner Schwarz, SVP-Fraktion: Jean-Jacques Winter, ich bin etwas überrascht über deine Aussage. Denn eigentlich solltest du das doch begrüßen. Du bist doch immer der, der immer, wenn es um Schulhäuser geht, uns an die Nase hängt und sagt: Diese alten Schulhäuser, da kann man nicht mehr unterrichten, das ist nicht mehr zeitgemäss. Wir von der SVP sagen: Kommt, wir bauen etwas Neues. Stell dir vor, wir bauen dieses Gartenschulhaus um: Das können wir noch so schön umbauen – das Gebäude bleibt alt, das ist so. Da kann man nicht viel machen. Wir können die Wände neu streichen und vielleicht noch irgendwo Stützen machen und einen Lift hinbauen. Aber in 20 Jahren musst du dieses Schulhaus wieder neu bauen. Darum bringen wir den Vorschlag, dass wir darüber nachdenken, ein neues Schulhaus zu bauen. Ich sage ja nicht, dass wir dann alle Schulhäuser dann in eines integrieren müssen. Wir haben ja gehört, dass Neuallschwil und das Schönenbuch-Schulhaus noch absolut in

Ordnung sind. Sondern es geht darum, die beiden Schulhäuser Bettenacker und Gartenstrasse durch ein neues Schulhaus zu ersetzen. Und ich finde, dazu müsstest du doch Hand bieten und das auch gut finden. Denn diese Renovationen werden wahnsinnig teuer. Und da fragt es sich wirklich, ob es sich nicht rentiert, noch ein bisschen mehr Geld in die Hand zu nehmen und dafür ein neues Schulhaus zu bauen. Da würden sogar wir von der SVP Hand bieten und sagen: Ja, für ein neues Schulhaus können wir mehr Geld ausgeben.

Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion: Ich muss jetzt doch noch schnell etwas zum Thema Schulhäuser sagen. Es wäre ja ganz toll, wenn man auf den Wegmatten ein Schulhaus bauen würde. Man muss sich das einmal vorstellen: Im Postulat steht ganz klar, dass man dort nach und nach alle Schulhäuser zusammenfassen kann. Ich weiss nicht ganz genau, wie viele Schüler wir in Allschwil haben. Ich sage jetzt einmal vier- bis viereinhalbtausend Schüler. Nun muss man sich vorstellen, dass dieses Schulhaus dort gebaut wird. Dazu müssen wir sowieso in zwei Etappen arbeiten, nämlich Primar- und die anderen Stufen, denn die haben unterschiedliche Schulzeiten. Nun kann man sagen: Gleichen wir das doch an. Nun stelle ich mir vor, dass viereinhalbtausend Kinder um 8 Uhr in die Schule kommen, dazu tausend Eltern, die mit dem Auto die Kinder begleiten – zirka, schätze ich mal –, das an einer Kreuzung, wo vorne die Baslerstrasse ist, und es ist auch gerade Arbeitszeitbeginn, und wo dann noch der Baselmattweg ist, der relativ klein ist, und auf dem dann alles zusammentrifft. Dann sollten wir noch einen Pausenplatz haben für viereinhalbtausend Kinder, die zugleich auf diesen Pausenplatz hinausrennen. Ich stelle mir vor, wie das dann aussehen wird. Wir haben ja jetzt schon das Chaos, kommt doch mal und schaut, wenn Feierabend ist. Ich sehe das täglich beim Schulhaus vorne, wie viele Autos da kommen, um ihre Kinder abzuholen, praktisch auf den Fussgängerstreifen stehen. Alle Mamis und Papis stehen dort, um ihre Kinder zu holen. – Also im besten Fall ist halb Allschwil bei Wegmatten vorne. Gut, dann ist der Rest vielleicht frei, das könnte dann noch etwas Gutes sein. Man muss sich das einfach mal vorstellen: sämtliche Schulhäuser dort vorne – das gibt ja ein Zentrum, das dreimal so gross sein müsste. Rechnen Sie nur einmal die Fläche aus, die die jetzigen Schulhäuser haben, zählt das zusammen und setzt es dort vorne hin, dann sind wir soweit. Da könnten wir nicht nur Wegmatten nehmen. Dann müssen noch ein wenig weiter nach vorne bauen, und dann müssen wir auch noch einiges abreißen.

Siro Imber, FDP/GLP-Fraktion: Der Punkt ist doch ganz einfach: Wir haben keine Ahnung, wie das Bildungssystem allein in den nächsten zwei, drei Jahren aussehen wird. Jede Planungsinvestition und jede Planungsabklärung wäre daher für die Katz. Denn man kann heute überhaupt nicht sagen, wie das aussehen wird: ob der Bildungsraum je kommt, ob HarmoS im Baselbiet je kommt, wie es aussieht mit den Fremdsprachen, ob das Fachlehrermodell auf Primarschulebene eingeführt wird... Es ist alles komplett im Umbau. Nicht einmal für die Schulhäuser der Sekundarschule ist je sauber abgeklärt worden, wie nun da die Verhältnisse sind. Es herrscht ein derartiges Chaos im Bildungsbereich, dass jede Planungsinvestition für die Katz ist. Deswegen unterstütze ich das sehr, was der Gemeinderat sagt. Und ich bitte auch den Gemeinderat, dass er sich dafür einsetzt, dass die alte Planung, die wir jetzt im Bildungssystem haben, auch zu irgendetwas führt. Denn es dünkt mich, man stellt jetzt alles um, aber der Zweck ist nicht ganz klar. Der Zweck wäre eine bessere Ausbildung des Kindes, aber es dünkt mich, der Zweck ist ein wenig eine politische Selbstbeweihräucherung dieser Bildungsleute.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Nur ganz kurz noch. Alte Gebäude einerseits – okay, da kann man sagen im Quartier, das ist ein Problem, das kostet Geld. Alle wissen aber: Wenn der Schulweg extrem lang wird, dann gibt es Behelfsmittel, wir haben es vorhin gehört, man kann die Kinder begleiten. Garantiert kommt dann der Antrag – und ich hoffe, dass ihn dann der Schulrat unterstützt – dass man einen Schulbus einführt. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Leute vom Ziegeleiareal, die dort oben jetzt ganz toll bauen, zu Fuss dort herunterkommen oder mit den Trotinetts wieder hinauffahren. Und alle, die sich ein bisschen mit der Bildungspolitik auseinandersetzen, wissen: Je grösser die Ansammlung von Menschen auf einem Fleck ist – es sind nicht viereinhalb-, es sind zweitausend –, je enger es wird, desto öfter gibt es auch Berührungen, die zu Aggressionen führen. Bei allen Schulhäusern, die „Fabriken“ sind, das weiss man überall, ist das Konfliktpotenzial grösser. Wir mit unseren kleinen Quartierschulhäusern haben die Chance, dass wir eine relativ ruhige Pause und ruhige Schulwege haben. Und das finde ich einen sehr starken Grund zum Überlegen.

Cedric Roos, SVP-Fraktion: Ich melde mich auch noch ein zweites Mal. Ich möchte nochmals auf den Antrag zurückkommen, der von uns gestellt wurde. Und zwar heisst es da, der Gemeinderat wir gebeten zu prüfen, in welcher Form ein Schulzentrum zu realisieren wäre. Über die Grösse selber sagen wir gar nichts aus. Oben steht nur eine Idee, was man daraus machen könnte, „es könnten nach und nach alle

Schulhäuser zusammengezogen werden...“. Das ist absolut kein Muss. Wenn es sowieso Bedarf gibt, neue Schulhäuser zu machen oder gewisse zu renovieren, dann könnte man dort auch ein neues Quartierschulhaus bauen.

Armin Bieri, 2. Vizepräsident: Die Rednerliste ist erschöpft.

Felix Keller, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung. Wer das Postulat überweisen möchte, möge das mit der Karte bezeugen.

://:

Die Überweisung des Postulats wird mit 19 Nein, bei 11 Ja und 2 Enthaltungen, abgelehnt.

440 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 14

Interpellation von Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, vom 10.02.2009 betreffend Turn- und Konzerthalle Gartenstrasse / Veranstaltungssaal wie weiter? Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 3831

Gemeinderat Christoph Morat, Vorsteher Departement Hochbau – Raumplanung: Frau Mathilde Oppliger hat dieses Jahr, am 10. Februar, eine Interpellation eingereicht. Die schriftliche Beantwortung sollte Ihnen heute ausgeteilt worden sein, sie sollte aufgelegt sein. Ich gehe die Fragen kurz durch. Bitte haben Sie Verständnis, dass ich nicht alles wiederhole, was wir hier schriftlich geantwortet haben.

„1. Was gedenkt der Gemeinderat mit der Turn- und Konzerthalle an der Gartenstrasse zu machen?“ – Im Moment bestehen keine Pläne, dort irgendetwas zu machen. Wie gesagt, im Moment bestehen einzig Pläne, ob man das Schulhaus gesamtsaniert – also nicht nur renoviert – oder es allenfalls ersetzt. Aber das sind nur theoretische Modelle.

„2. Gibt es Pläne, ob das ganze Areal neu überdacht oder überplant werden soll?“ – Im Falle einer Gesamtsanierung wäre das nicht nötig, denn dann würde man während der Bauzeit mit einem Container-Provisorium arbeiten und anschliessend wieder in das Schulhaus Gartenstrasse ziehen.

„3. Wie kann die Turn- und Konzerthalle an diesem Standort weitergenutzt werden?“ – Tja – so wie bisher. Mehr schlecht als recht in dieser Doppelfunktion. Der Gemeinderat hat mehrere Anläufe unternommen, drei bereits in der Vergangenheit, die aber alle vom Souverän für nicht gut oder nicht genügend für Allschwil befunden wurden. Und im Moment ist das wirklich der einzige Ort, wo man grössere Anlässe planen oder stattfinden lassen kann. Darüber ist auch der Gemeinderat nicht sehr glücklich.

„4. Wie können in unserer Gemeinde öffentliche Anlässe in einem vertretbaren Rahmen abgehalten werden?“ – Das ist ganz ähnlich zu beantworten: Leider nur dort; sonst allenfalls noch in den Pfarreisälen der drei Kirchen hier in Allschwil.

„5. Hat man sich schon überlegt, alternative Standorte als Veranstaltungsräume zu nutzen, z.B. Kirchenbauten?“ – Im September 2008 hat die römisch-katholische Kirchengemeinde Allschwil Umnutzungsmöglichkeiten für ihre Gebäude aufskizziert. Der Gemeinderat hat das im Sinne einer Bauanfrage geprüft. Für einen Grundsatzentscheid ist eine Bedarfsabklärung, resp. ein Nutzungskonzept zu erstellen. Das ist aber im Moment nicht weitergeführt worden. Rein rechtlich – baurechtlich und zonenrechtlich – wäre so etwas denkbar. Es stellen sich allerdings andere Probleme wie Nutzung, Nutzungsdauer usw., Eigentumsverhältnisse, Verkehrserschliessung, und nicht zuletzt die Finanzierung eines solchen Unternehmens.

„6. Kann sich der Gemeinderat eine Public-Private-Partnership mit den Gimmick Studios für Gemeindeveranstaltungen vorstellen?“ – Da ist der Gemeinderat der Meinung, dass dies kein geeigneter Ort ist. Erstens sind die Gimmick Studios ein privates Unternehmen; mit ihm könnte man nur in Form eines Mietvertrages, allenfalls eines Pachtvertrages zusammenarbeiten. Public-Private-Partnership ist

dort nicht ganz das richtige Wort, denn dabei geht es um die Erstellung und Finanzierung von etwas. Mit den Gimmick Studios könnte man höchstens einen Miet- oder Pachtvertrag aushandeln. Das wäre aber wohl auch nicht im Sinn der Interpellantin, nehme ich an, denn das würde uns sehr viel Geld kosten, und der Raum dort würde sich nicht für alle Arten von Veranstaltungen eignen wie zum Beispiel eine Turnhalle Gartenstrasse – obwohl die für gewisse Sachen auch ungeeignet ist. Es hat sehr viele Stützen und Säulen in dieser Halle. Das wäre natürlich für ein Konzert oder eine Theateraufführung oder so etwas undenkbar, denn da hätten ziemlich viele Leute keine Sicht auf die Bühne. Das ist schwierig zu realisieren.

Das sind soweit meine Ausführungen zu dieser Interpellation.

Felix Keller, Präsident: Ich frage die Interpellantin an, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Ich danke Herrn Gemeinderat Morat ganz herzlich für die schriftliche und mündliche Antwort auf meine Interpellation, bin aber von den Aussagen her natürlich nicht ganz zufrieden damit. Die Aussage zeigt mir, dass zurzeit wegen der Prioritäten, also wegen der Sanierung von Schulhäusern, die Planung eines Veranstaltungssaales gar kein Thema ist. Dass die Schulhäuser prioritär behandelt werden müssen, ist ja klar. Trotzdem bin ich ein bisschen enttäuscht, dass man für die Realisierung eines Veranstaltungssaales irgendwie gar kein Gehör mehr hat; oder man hat auch nicht den Willen, in dem Sinne im Moment etwas zu ändern. Vielleicht spürt man auch eine gewisse Resignation, weil ja der Souverän in einer Abstimmung nein gesagt hat zu dem Saal, den wir machen wollten. Es ist schade: In so einer grossen, schönen Gemeinde wie Allschwil kann man eigentlich gar keine grösseren Anlässe mehr veranstalten. So muss das Presifest, das wir jetzt zu Ehren von Herrn Hanspeter Frey organisieren dürfen, im Freien stattfinden. Hoffen wir nur, dass es das Wetter gut mit uns meint. Eben, ich finde es ein bisschen traurig, dass eine so grosse Gemeinde wie Allschwil nichts Besseres zu bieten hat als diese veraltete Turn- und Konzerthalle Gartenstrasse. Dieses Lokal ist zudem auch für nicht mehr als 100 Personen geeignet, sonst ist es wirklich überfüllt. Wie soll man da weitergehen? Es würde mich interessieren, wie die anderen Parteien darüber denken. Darum beantrage ich Diskussion.

Felix Keller, Präsident: Ist Diskussion bestritten? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Diskussion offen.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Merci vielmals, Mathilde Oppliger, für diese Steilpass. Dort vorne werden jetzt ein paar Folien aufgelegt, die ich wieder hervorgeholt habe. Ich habe sie damals im Jahr 2001 – Sie lesen sichtig – der katholischen Kirche präsentieren durfte. Die Situation der Kirchen, bei denen ich dabei war, war so: Die katholische Kirche hat zwei Gebäude und hat dort schon gesehen, dass sich ihre personelle Situation wahrscheinlich nicht so entwickelt, wie sich die Kirche das wünschte. Wir hatten auch weniger Personal, und man sah, dass auch die Besucherzahlen zurückgehen würden, wie es dann ja stattgefunden hat. Somit hatte ich einmal einen Kollegen gefragt, Herrn Brunner, der Architekt ist, ob er mir eine Skizze machen könnte. Das haben wir dann gemacht. Es kommen jetzt zwei, drei Folien. Ich werde die Pause nicht stark strapazieren. Nur damit Sie einmal sehen, was damals gemacht wurde. Ich habe das ganze Konzept den Fraktionspräsidenten bereits zugemailt. Wir sehen also diese zwei Zentren, die wir haben und wo die katholischen Kirchen stehen, nämlich im Dorf. Und dann haben wir eines unten, Richtung alter Polizeiposten/Schulhaus/Spitex-Zentrum. Das wäre dann dort, wo das Sport- und Kulturzentrum ist. Wir bekamen dann die Pläne von der katholischen Kirche und haben dann bei beiden Kirchen eine Nutzungserweiterung entworfen. Man sieht hier, ohne dass ich jetzt im Detail darauf eingehen möchte, man hat eine Küche, eine Garderobe etc. hat ein paar Umbauten gemacht. Wie Sie bezüglich der Grössenverhältnisse sehen: In der Kapelle rechts hat es nach wie vor 100 Plätze, das wäre nicht angetastet. Also 100 Personen könnten nach wie vor immer in der Kapelle sein. Wenn man das dreimal macht, wie das früher sonntags in den katholischen Kirchen war, dann können 300 Personen locker, ohne dass sie von dem, was im Saal läuft, gestört werden, den Gottesdienst geniessen, und man könnte am Samstagabend trotzdem noch etwas veranstalten. Da ist auch eine Bühne vorgesehen. Wir haben übrigens, das wissen viele, auch schon Theaterstücke in der katholischen Kirche St. Peter und Paul durchgeführt.

Gleich kann man das auch bei der Theresienkirche machen. Das würde so aussehen. Man würde im alten „Texas-Areal“ (für die, denen das noch bekannt ist) eine Küche einrichten, ein Foyer gegen die Baslerstrasse hinaus. Unten links hat man die Wohngebäude, die Richtung Blumenweg gehen. Es ist hier ein wenig Bestuhlung eingezeichnet, damit man sieht, auch hier wäre eine Bühne möglich, oder man

kann ein Festbankett machen. – Auf der nächsten Folie hat man sich ein wenig Gedanken gemacht, wo denn dieser Standort sein könnte. Wir haben natürlich Interesse, in der Nähe von Schule und Schwimmbad zu sein. Behaften Sie mich nicht auf die Ausdrücke „Familienzentrum“, „Bibliothek“ – wir reden vom Jahr 2001, wo das erstellt wurde. Man sieht auch rechts unten „UBS-Areal – neue Wohnungen“ – das ist kalter Kaffee, das ist realisiert worden. Wir haben auch eine Nähe zur reformierten Kirchgemeinde/Calvin-Haus. Das waren alles Gedanken, die da mitspielten. – [nächste Folie] Ja, ein altes Wahrzeichen von Allschwil, ich meine, andere Gemeinden haben das auch. Wenn man nach Allschwil hereinkommt, würde dann eben „Allschwil“ auf dem Turm stehen. Dann müsste man den Turm nicht abreißen. Man könnte ihn irgendwie so einkleiden. Auch das ist schon gemacht worden. Es muss nicht immer nur der Herr Christo sein, der so etwas macht. Das können wir auch. Da wäre jetzt eine Skizze, wie das Entree aussehen könnte. Man muss ja eine Garderobe haben oder einen Empfang. Das wäre jetzt im „Texas.Areal“, wo man die Treppe machen würde. Hinten hinaus Richtung Blumenweg würde ein Anbau kommen, wo man auch noch etwas realisieren könnte. Und nachts würde das vielleicht dann so aussehen“ – einfach damit Sie ein wenig sehen, wie man gespielt hat. Selbstverständlich sind wir an den öffentlichen Verkehr angebunden, und selbstverständlich könnte man, wenn der Zivilschutz nicht mehr alles braucht im Calvin-Haus, in dem Spielplatz unten dran vielleicht noch ein paar Parkplätze realisieren für die, die unbedingt mit dem Auto kommen müssen. Es soll kein Werbespot sein. Einfach, weil Mathilde Oppliger das explizit angesprochen hat, habe ich diese Unterlagen wieder hervorgeholt. Das ist auch das, womit die katholische Kirche damals im Oktober mit dem Gemeinderat in Kontakt kam. Das als Information. Mehr nicht.

Susanne Amrein, CVP-Fraktion: Ich bin Mitglied im römisch-katholischen Kirchenrat, und dieses Konzept, das Sie jetzt gerade vorgetragen haben, war mir nicht bekannt, auch nicht irgendwelche Gespräche mit diesem Inhalt. Ich denke also, man sollte das mit grosser Vorsicht entgegennehmen.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Wie gesagt, es wurde vom Gemeinderat erwähnt, dass da Gespräche stattfanden. Es waren Leute dabei. Ich würde anraten, dass Sie im Kirchenrat die entsprechenden Personen kontaktieren. Das Konzept ist bekannt seit 2001 und hat auch hier – nicht gerade in diesem Raum – aber es hat zirkuliert in der römisch-katholischen Kirche, sogar an einer Kirchgemeindeversammlung, damals unter Regie von Herrn Albert Equey. Einfach zur Information. Wir können es in der Pause vielleicht verifizieren.

Susanne Amrein, CVP-Fraktion: Nein, ich denke einfach, Gespräche haben stattgefunden, aber nicht über dieses Thema. Über die anderen Themen habe ich Geheimhaltungspflicht. Darüber möchte ich nicht sprechen. Ich möchte einfach nur sagen: Das Konzept, wie wir es da gesehen haben aus 2001, war so nie ein Thema, weder an einer Kirchgemeindeversammlung noch im Kirchgemeinderat selber.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Sie haben gesehen, im vorhergehenden Traktandum hat die CVP einem Postulat der SVP zugestimmt. Es ging dort um die Sache, und zwar auch in Zusammenhang mit dieser Interpellation. Wir haben einfach gemerkt, und das haben andere auch gemerkt, dass wir in Allschwil Handlungsbedarf haben betreffend Bauten. Ob das Schulhäuser sind, ob das eine Konzert- oder Turnhalle ist – wir haben Handlungsbedarf. Und bei diesem Postulat der Frau Studer wäre das irgendwie ein Kick-off gewesen. Gut, wir haben es verpasst, haken wir es ab. Aber ich glaube, das Postulat und jetzt auch diese Interpellation, die Frau Oppliger stellte, müssen wir jetzt zum Anlass nehmen, das anzuschauen. Ich weiss, Toni Lauber, in allen Strategieseminaren des Gemeinderates sind Bauten ein grosses Thema. Aber wir müssen das jetzt anschauen. Also ich hätte mir jetzt bei Frage 2 – ich weiss nicht, ob Christoph Morat die richtig verstanden hat – ich hätte da eigentlich gerne gehört: Nun gut, man müsste sich vielleicht einmal überlegen, das Areal anders zu nutzen. Ich könnte mir dieses Schulhaus absolut woanders vorstellen; um da drüben an dieser bevorzugten Wohnlage etwas zu realisieren mit Baurecht, mit Wohnen, in welchen Forman man das auch immer realisieren könnte. – Zum Punkt 4 möchte ich noch sagen, da hat Herr Morat die Kirchgemeinden erwähnt. Ich kann Ihnen sagen: Diese Pfarrsäle sind in gar keiner Art und Weise geeignet als irgendein Ersatz für die Turn- und Konzerthalle. Die Pfarrsäle sind konzipiert für Anlässe aus der Kirchgemeinde heraus. Also wenn jetzt der Frauenverein Generalversammlung hat, oder dergleichen. Also, wenn die eigenen Vereine einen Anlass haben, dann können sie diese Säle nutzen. Aber die Kirchgemeinde – ich bin dort Kassier seit etwa 20 Jahren – haben keine Leute, die angestellt wären, um nach derartigen Anlässen alles wieder in Ordnung zu bringen. Also einfach eine klare Stellungnahme zu Punkt 4: Die Pfarreiräume sind dafür nicht geeignet.

Kathrin Gürtler, FDP/GLP-Fraktion: Ich begrüsse es grundsätzlich, dass man sich Gedanken macht über die Turnhalle/Saal Gartenstrasse. Wir haben im vorhergehenden Traktandum über die Schulhäuser geredet, und dass man ein Konzept braucht, wie das weitergehen soll. Darum ist es jetzt vielleicht nicht gerade der Zeitpunkt, um schnell vorwärts zu machen – aber sich Gedanken zu machen, ist sicher nie falsch. Wir haben vorhin vom Gemeinderat gehört, dass das Stimmvolk dreimal nein gesagt hat zu einem neuen Saalbau. Da ging es jedes Mal darum, dass man den Saal aus der Gartenstrassen-Turnhalle herausnimmt. Vielleicht könnte man sich auch einmal überlegen, dass man die Turnhalle anders realisiert, gerade im Zusammenhang damit, wenn sowieso Neubauten erforderlich sind.

Gemeinderat Christoph Morat, Vorsteher Departement Hochbau – Raumplanung: Der Gemeinderat kann sich voll und ganz hinter das engagierte Votum der Frau Oppliger stellen. Wir bedauern ausserordentlich, dass so ein Gemeindebau, so ein Mehrzwecksaal, oder was auch immer, nicht realisiert werden konnte. Wir werden uns weiterhin Gedanken machen. Vielleicht ist da im Moment schon ein Stückweit Resignation spürbar in der Öffentlichkeit. Aber wir haben uns im Strategiepapier – das konnten Sie alle lesen und zur Kenntnis nehmen – bestimmte Dinge auf die Fahnen geschrieben, und da ist in erster Linie der Schulhausbau. – Zu Frau Gürtler möchte ich einfach sagen: Es ist so, dass die Turn- und Konzerthalle Gartenstrasse sich rein vom Standort her eigentlich nur als Turnhalle eignet. Es ist kein sehr glücklicher Standort für einen Mehrzwecksaal oder eine Konzerthalle, oder was auch immer. Es ist wirklich nur ein guter Standort für eine Turnhalle. Eine Konzerthalle braucht eine bessere Anbindung an den öffentlichen Verkehr. Sie darf nicht in so einem Wohnquartier liegen. So ein Anlass kann länger dauern und kann sehr störend wirken auf Anwohner, die in diesem Quartier wohnen. Darum wird es sehr schwierig werden, so etwas zu realisieren an diesem Standort. Selbstverständlich macht sich der Gemeinderat, und insbesondere die Hauptabteilung Hochbau und Raumplanung, Gedanken darüber, wie wir solche Bauten in Allschwil adäquat und im richtigen Zeitpunkt planen und ihnen Vorlagen zur Abstimmung präsentieren können. Aber im Moment sind wir einfach damit beschäftigt auszuloten: Wie sieht die Bildungslandschaft aus; was ist erforderlich an dringenden Sachen wie Schulhaussanierungen. Und erst dann können wir uns vermutlich wieder Gedanken darüber machen, wie wir mit dem Problem eines fehlenden, für die Grösse Allschwils repräsentativen Veranstaltungssaales umgehen können.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Ich danke dem Gemeinderat nochmals für die Antwort. Ich sehe, dass es auch bei euch ein Anliegen ist und ihr es nicht ganz auf die Seite schiebt, dass es aber jetzt in Gottes Namen warten muss, weil wir so viele Schulhäuser haben, die dringlich saniert werden müssen. Aber ich möchte schon empfehlen, dass man das andere nicht ganz auf die Seite schiebt.

Felix Keller, Präsident: Es hat keine Wortmeldungen mehr. Damit ist die Diskussion abgeschlossen und auch dieses Traktandum. Das nächste Traktandum ist die Pause.

PAUSE

INFO-FENSTER DES GEMEINDERATS:

Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber: Ich habe eine kurze Information über ein sehr aktuelles Thema. Und zwar geht es um die Schweine-Influenza, von der wir ja in den letzten Tagen viel gehört haben, und von der Frage der Pandemie, die damit verbunden sein könnte. Der Gemeinderat hat sich heute orientieren lassen vom Stabschef des RFS – Regionaler Führungsstab – Allschwil-Schönenbuch, welches die Situation ist. Rudi Werdenberg als Stabschef ist bestens orientiert über die Situation im Kanton, und damit sind die Informationen also solche, wie sie notwendig sind, auch sichergestellt. Wir können sagen, dass alle Aktionen, die in irgendeiner Form einmal notwendig wären, nicht von der Gemeinde ausgelöst werden müssen, sondern nur vom Kanton angeordnet würden. Damit besteht also in dieser Hinsicht auf der Stufe Gemeinde kein Handlungsbedarf. Es geht letztendlich bei der Gemeinde vor allem darum sicherzustellen, dass die Gemeinde selber handlungsfähig bleibt für den Fall, dass es denn wirklich einmal zu einer Pandemie kommen sollte. Und da möchte ich Ihnen schnell ganz klar Folgendes mit auf den Weg geben: Wir sind schon seit einiger Zeit an der so genannten Pandemie-Planung, ganz abstrakt und losgelöst vom aktuellen Tagesgeschehen. Mir scheint es wichtig, Ihnen das noch mitzuteilen, dass wir Pflichtenhefte haben, und dass der Stab zusammensitzen wird zum Erarbeiten

und Umsetzen von Massenimpfungen etc. Das wird aber, wenn Sie davon hören sollten, eine Arbeit sein, die wir ohnehin tun müssen im Rahmen der Vorbereitungen dieser ganzen Thematik Pandemie, die schon vor zwei, drei Jahren angefangen hat. Dass da noch eine mögliche oder eine Teilaktualität hinzukam, ist also reiner Zufall. Es ist auf der Gemeinde aber so, dass wir ein Pandemie-Team definiert haben. Das ist schon immer der Fall. Das ist eine Teilaufgabe unseres SiBe, unseres Sicherheitsbeauftragten auf der Gemeinde, und das ist Andreas Meyer, unser Gemeindepolizist. Er hat die Verantwortung für den Bereich Pandemieschutz für die Gemeinde, also spricht für das Gemeindepersonal, so dass die Gemeinde und auch der Stab selber operativ bleiben können für den Fall der Fälle. Dann geht es effektiv darum, dass wir im Stab selber, wie gesagt, diese Massenimpfungen planen würden und gleichzeitig auch die Betreuung möglicher Kranker zu Hause. Aber wie gesagt, ich möchte da nochmals ganz klar betonen, das ist ein Aufgabenbereich, der nichts mit Tagesaktualität zu tun hat, sondern der eine Aufgabe ist, die wir schon vor einigen Jahren vom Kanton übernommen haben, und bezüglich der wir mit der Umsetzung betraut sind.

FRAGESTUNDE

Felix Keller, Präsident: Es gibt keine weiteren Infos vom Gemeinderat. Wir kommen jetzt zur Beantwortung der Fragen. Sie haben vielleicht festgestellt, neu werden jetzt die Fragen auf einem Papier zusammengefasst. Wir haben das einmal in einer Bürositzung so beschlossen. Wir möchten das ein bisschen straffen. Also je mehr Frage, desto kleiner wird die Schrift. Jetzt haben wir noch Schriftgrösse 8, ich hoffe, es können sie alle lesen. Ich lese die einzelnen Fragen nicht vor, Sie haben sie alle auf dem Papier. Die erste Frage kommt von Herrn Andreas Bammatter und betrifft „Actelion weiterhin auf rasantem Wachstumskurs, Prognose bestätigt“. Wem darf ich dazu das Wort geben?

Gemeinderätin Nicole Nüssli, Vorsteherin Departement Steuern – Finanzen: Ich beantworte die Frage von Andreas Bammatter betreffend Actelion, und vor allem betreffend dem guten ersten Quartalsabschluss gerne wie folgt: Der Gemeinderat hat natürlich mit sehr grosser Freude Kenntnis genommen von diesem ersten Quartalsabschluss. Er hat festgestellt, dass die Actelion offensichtlich wesentlich mehr Gewinn macht, als man das ursprünglich angenommen hat. Jetzt ist es aber leider so, dass wir aufgrund dieses ersten Quartalsabschlusses noch überhaupt nicht wissen, wie der zweite Quartalsabschluss, wie der dritte und der vierte, und vor allem wie der Jahresabschluss dann aussehen wird. Erst wenn effektiv der Jahresabschluss auf dem Tisch liegt, können wir, kann der Gemeinderat konkrete Aussagen machen, wie die Steuereinnahmen von Actelion wirklich aussehen. Es ist aber so, dass der Gemeinderat, und das habe ich hier drin auch schon mehrfach gesagt, mit wichtigen, mit den ganz wichtigen Steuerzahlern, also den Unternehmen, in ständigem Kontakt ist. Da herrscht ein reger Austausch, und da schauen wir natürlich, dass wir im Vorfeld der Abschlüsse erfahren, wohin die finanzielle Fahrt dieser Unternehmen geht. Und aufgrund dieser Aussagen können wir dann auch unsere Planung, sei es nun das Budget oder auch der Finanzplan, erstellen. Allein aufgrund eines solchen ersten Quartalsabschlusses eine Aussage zu machen, wie weit diese Steuerentwicklung geht, das kann ich nicht. Ich habe das, meine ich, auch schon bei einer ganz ähnlichen Frage schon einmal so ungefähr gesagt. Leider kann ich auch heute immer noch nicht mehr sagen, auch wenn ich das gerne tun würde.

Felix Keller, Präsident: Ich frage Herrn Bammatter an, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Danke vielmals. Sie werden sich vielleicht fragen: Kommt er jetzt jedes Mal, wenn Actelion so einen Bericht herausgibt, mit so einer Frage? Ich kann aber auf die Antwort von Frau Nüssli sagen: Ist es denn nicht so, dass – ich frage jetzt nochmals – die letzten vier Quartale der Actelion immer sehr gute Resultate hatten, und dass die sich immer noch mehr steigern – was ja toll ist. Und grundsätzlich interessiert es mich: Wann spürt denn das die Gemeinde effektiv? Also: Wie lang dauert die Wirtschaftsförderung noch bei der Actelion? Und ich hoffe, der Gemeinderat kann auch verstehen, dass es für mich und für alle da im Saal wichtig ist, in der Budgetierung zu wissen, ob wir da einen wichtigen Partner haben, der konstant bleibt. Und, ich kann es jetzt sagen, im Geschäftsbericht, der vorliegt, hat ja der Gemeinderat auf Seite 28 geschrieben, dass der befürchtete Ertragsausfall, den man seinerzeit bei den Steuern hatte, nicht eingetreten sei – Dankeschön, das ist toll – und dass man auch damit rechnet, dass die Steuereinnahmen auch im Jahr 2008, obwohl sie zurückhaltend budgetiert wurden, wahrscheinlich noch überschritten werden. Somit ist meine Frage halt auch: Wie planen wir, bzw. der Gemeinderat, mit den Partnern bezüglich Budgetierung der Steuereinnahmen so, dass wir die Investitionen, die machen wollen und müssen, auch sinngemäss machen können? Darum habe ich

nochmals nachgefragt, denn von 44 auf 102 Millionen, das ist doch beträchtlich. Und 102 Millionen, das ist das Doppelte der gesamten Steuereinnahmen, die wir alle zusammen hier zahlen, die juristischen und die natürlichen Personen. Ich bin zufrieden mit der Antwort, danke vielmals. Und vielleicht komme ich nochmals.

Felix Keller, Präsident: Wir kommen zu Frage Nr. 2 von Frau Julia Gosteli, Nedim Ulusoy und Rita Urscheler, Grüne Fraktion, betr. Netz des Beachvolleyball-Feldes.

Gemeinderat Robert Vogt, Vorsteher Departement Tiefbau – Umwelt: Das Beachvolleyball-Feld beim Schulzentrum stand im Winter ohne Netz dort. Jeweils im April bis zu den Herbstferien wird von unserem Hauswart das Netz montiert. Wir sahen natürlich, dass im März bereits sonnige Tage waren, und in jener Zeit war dort noch kein Netz. Während der Diskussion des Gemeinderats kamen wir aber zur Erkenntnis, dass man die Zeiten, während derer das Netz dort hängt, durchaus verlängern könnte. Dementsprechend kann man die erste Frage schon beantworten. Nachdem das Netz erst am 27. April, also vorgestern, montiert wurde, könnte man das gut ausdehnen auf bereits Anfang April. Und auf die zweite Frage ausgedehnt kann man sagen, dass man das Netz durchaus bis Ende Oktober hängen lassen könnte. Dann haben wir ein halbes Jahr abgedeckt, so dass man wirklich gut die schönen Tage zum Spielen nutzen kann.

Felix Keller, Präsident: Ich frage die Grüne Fraktion an, ob sie zufrieden ist mit der Antwort.

Julia Gosteli, Fraktion Grüne: Wir sind soweit zufrieden, herzlichen Dank, Robert Vogt. In Münchenstein ist es so, dass das Netz das ganze Jahr hängen bleibt. Das ist einfach toll. Man kann sich bewegen.

Felix Keller, Präsident: Wir kommen zu Frage Nr. 3 von Frau Gabi Huschke, betr. Landschaftsentwicklungskonzept.

Gemeinderat Christoph Morat, Vorsteher Departement Hochbau – Raumplanung: Im Zuge dieses Mitwirkungsverfahrens beim LEK, dem Landschaftsentwicklungskonzept, sind abschliessend 22 Einsprachen, resp. Mitwirkungen eingegangen. Diese 22 Mitwirkungen wurden von Bauern, von Naturschutzverbänden und von Privaten sowie von zwei politischen Parteien eingereicht, und dementsprechend zielen sie natürlich auch gemäss den Interessen in die Richtung, aus der die Interessenten kommen. Mehr kann ich leider nicht dazu sagen, weil wir im Moment am systematischen Erfassen sind. Der Gemeinderat wird noch vor den Sommerferien diesen Mitwirkungsbericht beraten, dann wird er anschliessend im Einwohnerrat vorgestellt. Mehr kann ich im Moment nicht dazu sagen.

Felix Keller, Präsident: Ich kann Frau Huschke nicht fragen; Herr Bammatter nimmt stellvertretend Stellung.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Die Fraktion wird das Frau Huschke so mitteilen. Wir danken dem Gemeinderat für die Antwort.

Felix Keller, Präsident: Wir fahren weiter mit Frage Nr. 4 von Herrn Armin Bieri betr. Erdgasspeicher Munimatten.

Gemeinderat Robert Vogt, Vorsteher Departement Tiefbau – Umwelt: Der Erdgasspeicher in den Munimatten ist zwar schon unter Druck, d.h. mit Erdgas gefüllt. Aber die Baustelle ist noch nicht abgeschlossen. Dort wird nämlich von Juni bis Ende August dieses Jahres eine Humusschicht aufgebracht, damit das Land nachher wieder landwirtschaftlich genutzt werden kann. Ausserdem werden auch noch die Wege, die ringsherum führen, instand gestellt. Wir gehen davon aus, dass das Ende August dieses Jahres fertig sein wird. Zur zweite Frage wegen der Terrain-Erhöhung: Tatsächlich war im Projekt vorgesehen, dass man das Terrain von früher, diese Wiese, erhöht. Das war eine Umweltschutzaufgabe, die dazu führte, dass man weniger Aushubmaterial von der Munimatte abführen

musste. Man musste also die Röhrend dieses Speichers nicht so tief eingraben und erreichte nachher mit der Aufschüttung, dass jetzt das Terrain höher ist als früher. Allerdings entstehen daraus keine Nachteile, weil drei Viertel der Fläche noch als Wiese genutzt werden können, d.h. der Landwirtschaft nicht verloren gehen. Frage 3 betr. landwirtschaftlicher Nutzung habe ich damit auch schon beantwortet. Es wird dort also Natur- und Landschaftsschutz angestrebt und dementsprechend eine Blumenwiese angelegt auf der Munimatte. So weit die Antworten zum Erdgasspeicher.

Felix Keller, Präsident: Ich frage Herrn Armin Bieri an, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Armin Bieri, SP/EVP-Fraktion: Danke für die Antworten. Zu Frage 2, das wusste ich echt nicht. In dem Zusammenhang gibt es jetzt wirklich ein wenig einen Sinn.

Felix Keller, Präsident: Wir kommen zu Frage Nr. 5 von Herrn Simon Maurer betr. Sanierung Binningerstrasse.

Gemeinderat Robert Vogt, Vorsteher Departement Tiefbau – Umwelt: Es ist natürlich bekannt, dass die Binningerstrasse, und es handelt sich da um eine Kantonsstrasse, in einem schlechten Zustand ist. Weil wir aber davon ausgehen, dass die Binningerstrasse erst dann im grossen Stil saniert wird, wenn die Baslerstrasse saniert ist – und das dürfte jetzt doch noch einige Jahre in Anspruch nehmen –, ersucht der Gemeinderat den Kanton, die Schäden, die auf der Binningerstrasse vor allem im Randbereich auftreten und für Velofahrer sehr gefährlich sind, bereits frühzeitig zu beheben, damit man dort sicher nach Allschwil fahren kann. Es liegt nicht in der Verantwortung der Gemeinde, aber wir wollen dies selbstverständlich beim Kanton erwirken.

Felix Keller, Präsident: Ich frage Herrn Maurer an, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Simon Maurer, SP/EVP-Fraktion: Jawohl, das ist genau das, was ich hören wollte, dass man provisorisch vorgängig etwas unternimmt. Ich hatte ebenfalls angenommen, dass es noch länger dauert, bis die Binningerstrasse saniert wird.

Felix Keller, Präsident: Wir kommen zu Frage Nr. 6 von Herrn Andreas Bammatter betr. „SVP klebt selbständig Tempo-30-Plakate auf Gemeinde-Plakatständer“.

Gemeinderat Thomas Pfaff, Vorsteher Departement Einwohnerdienste – Sicherheit: Herr Bammatter fragt: „Ist dies in einem Reglement aufgeführt?“ Ein Reglement im formalen Sinn ist es nicht. Konkret handelt es sich um die Richtlinie betr. Versand von Abstimmungs- und Wahlempfehlungen, temporärem Plakatanschlag und Durchführung von politischen Stand- und Werbeaktionen bei Wahlen und Abstimmungen, in der vorliegenden Fassung beschlossen vom Gemeinderat am 26. Februar 2003. Bezüglich Plakataushang gibt es unter anderem folgende Bestimmungen: Ein Plakataushang erfolgt: bei Wahlen, wenn Bedarf angemeldet wird, bei Abstimmungen, wenn mindestens drei politische Organisationen termingerecht Bedarf anmelden. Zweitens: Unter den Angemeldeten werden die Plakatflächen anteilmässig aufgeteilt. Weiter: Plakate, die nicht rechtzeitig oder in unpassendem Format eingereicht werden, werden nicht angeschlagen. Und das Interessanteste: Der Plakatanschlag ist kostenlos. Nicht präzise geregelt ist, ob nicht genutzte Plakatflächen von politischen Organisationen genutzt werden dürfen, wenn sie sich vorgängig nicht termingerecht angemeldet haben. Herr Roos hat namens der SVP frühzeitig auch die Anfrage gestellt, ob es nicht doch noch nicht genutzte Plakatflächen gebe, und ob in diesem Fall die SVP noch Plakate einreichen dürfe. Die zuständige Abteilung auf der Gemeindeverwaltung hat die Richtlinie dahingehen ausgelegt, dass das nicht möglich sei und hat daher Herrn Roos einen abschlägigen Bescheid erteilt. Dies hat Herrn Roos, bzw. die SVP dazu verleitet, die freien Plakatflächen auf den Plakatständern der Gemeinde letzten Freitag eigenmächtig selbst zu bekleben. Der Gemeinderat kann ein solches eigenmächtiges Handeln nicht gutheissen. Vielmehr hätte der Gemeinderat von der SVP erwartet, dass sie, gestützt auf die negative Antwort, mit einem Gesuch an den Gemeinderat herangetreten wäre. Genau dieses Gesuch ist zwischenzeitlich eingereicht und vom Gemeinderat auch genehmigt worden. Aus diesem Grund bleiben diese Plakate hängen.

Felix Keller, Präsident: Ich frage Herrn Bammatter an, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Dankeschön für die Antwort. Ich habe noch eine Frage: Wer wird die Plakate auf wessen Kosten wieder entfernen? Beahlt das die APG oder die Gemeinde, oder wird sie die SVP selber wieder abkratzen? Ist das auch gelöst, oder lassen wir das einfach im Raum stehen? Wollen wir nicht kleinlicher sein als kleinlich?

Gemeinderat Thomas Pfaff, Vorsteher Departement Einwohnerdienste – Sicherheit: Die Frage beantworte ich gerne. Wer schon einmal Plakate aufgehängt hat, weiss, dass das mit Wasser und einem Spachtel ruck-zuck gemacht ist. Von daher erwarten wir keine grossen Kosten.

Felix Keller, Präsident: Sind Sie zufrieden, Herr Bammatter?

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Besten Dank. Ich möchte einfach noch der SVP sagen: Das nächste Mal wäre es ja toll, wenn wir das nicht hintereinander, sondern miteinander machen würden. Dankeschön für die Planung.

Felix Keller, Präsident: Damit sind wir am Ende der schriftlichen Fragen. Ich frage den Rat an, ob es noch mündliche Fragen an den Gemeinderat gibt.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich habe noch eine Frage – es wurde heute Abend schon erwähnt – bezüglich Kinder abholen von den Schulhäusern, Kindergärten etc. Vor allem das Parkieren, wie es ja erwähnt wurde, auf Trottoirs, auf Zebrastreifen, in Dreierreihen, in Viererreihen. Herr Pfaff, könnten Sie Ihre GP einmal schicken um nachzuschauen, was da läuft? Man kommt zu gewissen Zeiten kaum noch mit dem Velo seitlich vorbei, so wird zuparkiert. Und schaden würde es nicht, wenn man die zwei Meter bis zum Hauseingang zu Fuss gehen und das Auto daheim stehen lassen würde. Es würde den Kindern und den Eltern gut tun, sich ein bisschen zu bewegen.

Felix Keller, Präsident: Was ist die konkrete Frage, Herr Zimmermann?

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Was gedenkt man da zu tun? Lässt man das einfach so laufen?

Gemeinderat Thomas Pfaff, Vorsteher Departement Einwohnerdienste – Sicherheit: Ich nehme die Anregung gern entgegen und werde sie an die Gemeindepolizei weiterleiten.

Felix Keller, Präsident: Gibt es noch weitere Fragen?

Jérôme Mollat, FDP/GLP-Fraktion: Meine Frage ist eigentlich eine Anschlussfrage, oder sie leitet sich ab von der heutigen Medieninformation der Gemeinde, die per E-Mail herausging. Es betrifft den „Plumpi“-Spielplatz, wo ja darauf hingewiesen wird, dass es dort ein vermehrtes Littering-Problem gibt. Ich stelle aus eigener Wahrnehmung fest, dass ein beachtlicher Teil dieser Verschmutzung, dieses Litterings durch Missachtung des Fahrverbots verursacht wird. Man stellt immer wieder fest, dass dort Leute mit beträchtlichem Gepäck hinfahren unter Missachtung des Fahrverbots, und dort dann den ganzen Müll zurücklassen. Jetzt ist meine Frage an den Gemeinderat: Wie gedenkt man gegen diese Missachtung des Fahrverbots vermehrt und noch konsequenter vorzugehen?

Gemeinderat Thomas Pfaff, Vorsteher Departement Einwohnerdienste – Sicherheit: Es finden, ich sage: fast regelmässig, Kontrollen statt durch unsere Flurpolizei. Aber auch durch Patrouillen der Gemeindepolizei und der Kantonspolizei verkehren dort. Es werden auch immer wieder Bussen ausgesprochen. Die sind übrigens recht happig; denn es geht ja nicht nur um das Parkieren dort hinten,

sondern es geht um Missachtung des Fahrverbots. Meines Wissens ist es ein Betrag von 100 Franken oder mehr, es ist jedenfalls dreistellig. Von dem her: Es wird gebüsst. Aber es trifft zu, dass zwischendurch der eine oder andere nicht erwischt wird und durchschlüpfen kann. Aber diesbezüglich sind wir am Ball. Es wird auch regelmässig erörtert an der entsprechenden Koordinationssitzung. Also, das Problem ist uns bekannt, und wir sind am Ball.

Felix Keller, Präsident: Sind weitere Fragen? – Das scheint nicht der Fall. Wir sind am Schluss dieser Einwohnerratssitzung. Wir sehen uns wieder am 27. Mai hier in diesem Saal. Ich möchte noch auf den Banntag hinweisen. Er findet am 21. Mai statt. Vielleicht sehen wir uns dort noch, das ist immer ein guter Anlass. Ich wünsche einen schönen Abend.

ENDE DER SITZUNG